

Das Vöte Bündgeatm.

Zeitung für Agitoren

so wie

Selbstunterricht

in der



Socialdemografie.

Dr. Eduard von der Hellen.



Weimar.

Weltbild.

892.

100.

100.

100.

100.

100.

200	170
140	120
DIN 19 051	
100	80

78 277

so entsprechend billiger.

Das rote Programm.

Leitfaden

für Agitatoren sowie zum Selbstunterricht

in der

Socialdemokratie.

von

Dr. Eduard von der Hessen.

CHE 164



Weimar.

Herrn. Weißbach.

1892.

Ges.

Alles läuft mit Eilejähigen herum!
Es wäre nicht, dünkt mich, in der Zeit,
nach den Waffereien zu grüßen.
Goschke 1794.

Mitte Herren!

Eisenach am 20. Februar.^{*)} Tag und Ort sind bedeutsam in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bedeutsam für ihr neues Programm, das uns heute Abend beschäftigen soll.

Denn die internationale, revolutionäre Socialdemokratie, die Besiegerin der nationalen, reformatoreischen Arbeiterpartei Lassalles, nahm von Eisenach ihren Ausgang und ihren Namen; die Möglichkeit aber, das im Jahre 1875 beschlossene Compromiss-Programm dieser beiden Richtungen zu ersegen durch ein neues, ganz im Sinne der Eisenacher abgefasstes, — diese Möglichkeit brachte der Wahlsieg, den die Socialdemokratie heute vor zwei Jahren, am 20. Februar 1890, errang.

Es wäre nun freilich interessant darzustellen, wie gerade bei der Ausarbeitung und Vorbereitung dieses neuen Programms noch einmal die Richtung Ferdinand Lassalles, wenn auch bedeutend modifiziert, wieder auslebte in der Person Georgs v. Vollmar, des Einzigen aus der alten Kerntruppe der Socialdemokratie, der sich nach dem Fallen des Socialistengesetzes wirklich noch festhalten möchte auf die zuvor so oft ausgegebene Lösung: es ist nur das Ausnahmegesetz, das uns vom Boden des Gesetzes treibt! Und es lohnt sich wohl der Mühe darzulegen, wie die Bekämpfung Vollmars auf dem Erfurter Parteitag gerade darum eine so leidenschaftliche, gehässige war, weil es nach Liebknechts ausdrücklicher Erklärung darauf ankam, „mit dem letzten Rest des Lassalleianismus zu brechen“ (Protokoll Erfurt S. 329). Aber ich darf mich darauf heute ebensoviel einzulassen wie auf eine Darstellung der Erfurter Verhandlungen überhaupt. Nur in aller Kürze will ich berichten über die Entstehung des neuen Programms.

^{*)} Nachstehende Ausführungen beruhen auf dem Concept einer in Eisenach am 20. Februar 1892 in öffentlicher Versammlung gehaltenen Rede.



Das Verlangen nach einem solchen wurde schon seit 1875 laut und immer lauter, denn die Forderungen der Lassalleaner, deren Aufnahme in das alte Programm nur in der stillen Hoffnung baldiger Ausscheidung geschehen war, machte den Eisenachern Unbequemlichkeiten genug. — Hatte Carl Marx es doch verurteilt als „durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalle'schen Sekte an den Staat verpestet.“ Trotzdem gelang die Vereinbarung eines neuen Programms auch nach entschiedenem Siege der Eisenacher so bald noch nicht, und selbst die in St. Gallen 1887 gewählte Programmkommission (Auer, Bebel, Liebknecht) trat nicht in Wirklichkeit. Denn unter dem Socialistengejch fehlte es einerseits an Zeit und Ruhe, andererseits an der Möglichkeit, die Gesamttheorie zur Mitwirkung heranzuziehen, da ja eine öffentliche Verhandlung unstatthaft war. Sogleich aber nach dem Fall jenes Gesetzes, auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Halle, wurde diese Aufgabe mit Eiser und Nachdruck ergripen, und Wilhelm Liebknecht lieferte dort, am 10. October 1890, eine ausführliche Kritik des alten, nun endlich wieder öffentlich discutierbaren Programms. Folge dieser Kritik war der Beschluss: Mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Congresses solle der Parteivorstand den Entwurf eines revidirten Programms veröffentlichen.

Das geschah, und es entpann sich nun ein lebhafter Austausch der Meinungen, Erfahrungen und Wünsche. Auch wurden im Abschluß an den Entwurf des Parteivorstandes mehrere andre ausgearbeitet, ganze sowol wie unvollständige, dazu viele auf einzelne Punkte bezügliche Sonderanträge; und so konnte ein umfangreiches Material, an dem die „Genossen“ aus dem ganzen Reiche mitgearbeitet hatten, im vorigen October dem Parteitag in Erfurt vorgetragen werden.

Diesem jedoch ließ die Bekämpfung Vollmars und der Berliner Opposition keine Zeit zu der an das Ende der Tagesordnung gestellten Programmberatung. Daher wurde für diese Arbeit am Abend des dritten Verhandlungstages, des 17. October, eine Commission gewählt, und die Beratung in pleno beschränkte sich, am 21. October, in den letzten Stunden der ganzen Verhandlungen, auf eine Rede Liebknechts und die en bloc-Annahme des neuen Programms.

Man muß diese Entstehungsgeschichte im Auge behalten, um Vollmars Friedenserklärung vom 19. October richtig zu würdigen. Sie lautete (Prot. Erf. S. 262) „Ich stehe voll und ganz auf dem gleichen Programm wie Sie und wie die ganze Partei.“ Auf welchem, meine Herren? Zur Zeit dieser Erklärung stand eben Niemand überhaupt auf einem Programm,

wieder Vollmar noch seine Gegner! Die Auseinandersetzung mit ihm sowol wie mit der Berliner Opposition fand statt auf dem neutralen Boden zwischen dem alten Programm und dem neuen, — und das war die weitsichtige Absicht der Tagesordnung zu Erfurt.

Nun zu dem neuen Programm selbst. Es besteht aus zwei Hauptteilen: Zunächst aus einer Kritik der volkswirtschaftlichen Zustände der Gegenwart nebst einer daraus begründeten Erklärung des Wesens und der Ziele der Sozialdemokratie; zweitens jedoch aus zwei großen Gruppen besonderer Forderungen.¹⁾

Im Gegensatz zu dem alten, nur an die Arbeiterklasse gerichteten Programme wendet sich das neue an die eigentlichen Arbeiter einerseits, an die Kleinbürger (Kleinhandler, Handwerker) und Bauern andererseits als an die „versinkenden Mittelschichten.“ Dieser Gesamttheit wird in der ersten Hälfte des ersten Teils die Gesamttheit der „Richtarbeiter (Kapitalisten, Großgrundbesitzer)“ gegenübergestellt, und diese Gegenüberstellung wird abgewechselt durch die Wendungen „Besitzlose und Besitzende“, „Ausgebundete und Ausbeuter“, „Proletariat und Bourgeoisie.“ Muß es hier schütz auftauchen, daß doch ein wesentlicher Teil der „versinkenden Mittelschichten“, mindestens

1) Der erste Hauptteil lautet:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, inbeh die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerplatteten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Über alle Vortheile dieser Umwandlung werben von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Unsicherheit ihrer Existenz, des Glücks, des Drucks, der Schreckung, der Entwertung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer mässiger wird die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Kontrast zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Herräger trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer unangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern,

die Gesamtheit der „Kleinbürger“, ebenderselben „Bourgeoisie“ selber angehört, einmal also neben das Proletariat gestellt wird, dann in Gegensatz zu demselben, — so wächst die Verwirrung noch in der zweiten Hälfte des ersten Programmteils: Hier ist auf der einen Seite die Röde nur noch von der „Arbeiterklasse“, auf der anderen von der „kapitalistischen Ausbeutung“, als deren Vertreter bezeichnet werden „alle anderen Klassen“, die „trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Wenn aber alle anderen Klassen außer der Arbeiterklasse dieses Ziel haben und das sozialdemokratische Programm diese Tatsache ausdrücklich constatirt, — warum wendet es sich dann doch in anderen Sätzen an einen Teil dieser anderen Klassen und ruft ihn auf zum Kampf gegen sein eigenes Ziel?

Die nächste Antwort ist viel einfacher als man glauben sollte: diese widersprüchsvollen Sätze des Programms sind in der Höhe des Gefechts zusammengeschweißt aus verschiedenen Entwürfen, und es entspricht durchaus der Höhe der sozialdemokratischen Wissenschaft, daß dieser Widerspruch in dem neuen Programm verewigigt ist.

Wie tiefer aber liegen die eigentlichen Grundursachen dieses Widerspruchs. Die Sozialdemokratie möchte gar zu gern

dass die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Stopp gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zukünftiger Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandels zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenausproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebenteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Verbesserung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, daß unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist

ihren Anhang über die eigentliche Arbeiterklasse hinaus verneinen durch Gewinnung des Kleinbürger- und Bauernstandes, — aber, sie weiß nicht: wie? ja sie ist selbst naiv genug, anzuerkennen, daß die Interessen dieser Klassen den Zielen der Sozialdemokratie schmiede entgegenstehen! Freilich, sie behauptet mit vollem Recht, daß durch das Vorziehen des Großkapitalismus auch die Selbstständigkeit des industriellen sowol wie des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes gefährdet sei und immer mehr gefährdet werde. In der richtigen Berechnung, daß der Nazifriede, Bedrängte, Enttäuschte dem Durchschnitt und Kurpfischer leicht Vertrauen schenkt, ruft sie daher auch die Kleinbürger und Bauern unter ihr rotes Banner. Aber sobald sie dieses entrollt, und die Devise „Kampf gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln“ sichtbar wird, sobald redet das Programm nur noch die Arbeiterklasse an. Denn die Sozialdemokratie kann es weder sich noch Anderen verschaffen, daß eben in der Erhaltung, in dem Schutz, in der Förderung dieses Privateigentums und der damit verbundenen Selbstständigkeit das Lebensinteresse der Kleinbürger und Bauern liegt. Die von diesen Klassen gewünschte Gegenwirkung gegen die drohende Alleinherrschaft des Großkapitals ist also eine ganz andere als die der Arbeiterklasse. Diese, die sozialdemokratisch bearbeitete Arbeiterklasse, kann allerdings zunächst wählen, daß ihre Rettung liege in der Bergejell-

nöchterniger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewussten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis sieht und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klugerbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied bezüglich Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Ansprüchen ausgedehnt bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

schaftung des Eigentums; für die Kleinbürger und Bauern aber liegt die Rettung deutlich und bestimmt in der gerade entgegengesetzten Richtung: in der Sicherung des bescheidenen Eigentums gegen die verheerende, verzehrende Pest des tyrannischen Großkapitals.

Ob die Rettung des Kleinbetriebes vor der Auflösung durch das Großkapital in der genossenschaftlichen Gestaltung der Produktion liegt, ob ferner die Elektrotechnik im Stande sein wird, selbständige Kleinbetriebe in genossenschaftlichem Verband zur siegreichen Concurrenz mit dem großkapitalistischen Großbetrieb zu befähigen, — auf diese und ähnliche Fragen darf ich mich heute nicht ausführlicher einlassen, so sehr ich überzeugt bin, daß sie zu bejahen sind. Allerdings verkenne ich nicht, daß dazu vor allem auch ein vertrauliches, herhaftes Entgegenkommen der Kleingewerbetreibenden selber gehört. Und daß dieses nicht immer so leicht zu finden ist, wie man erwarten sollte, hat, wenn ich recht unterrichtet bin, sich gerade hier in Eisenach gezeigt.

Zu den obigen Gründen dafür, daß die Sozialdemokratie diese Rettung nicht bringen kann, tritt für die Landbevölkerung noch ein weiterer: Eine extreme Partei kann niemals den natürlichen Gegensatz überbrücken, der zwischen Landwirtschaft und Industrie liegt und liegen muß: Eine will die wichtigsten Nahrungsmittel billig produciren und teuer verkaufen, — die andere will die Nahrungsmittel billig kaufen und ihre für die Landwirtschaft erforderlichen Industrieproducte teuer verkaufen. Diesen Interessengegensatz darf die Sozialdemokratie nicht berühren, ohne es entweder mit der Landwirtschaft zu verderben oder mit der Industrie. Da sie sich nun von Anfang an auf die industrielle Arbeiterschaft gestützt hat und diese Stütze nicht schwächen darf, — weiß sie mit der ländlichen Arbeiterschaft nichts anzufangen.

Den besten Beweis hierfür geben die Verhandlungen der letzten Parteitage.

In Halle bildete die Notwendigkeit der Landagitation ein Hauptthema, neun ausdrückliche Anträge darauf waren eingereicht, und in Erfurt setzte sich das fort. Aber Alles bezog sich auf die Empfehlung der Agitationsmittel, als Reden, Brochüren, Flugblätter, Zeitungen, — was darin stehen sollte wußte keiner zu sagen, und die ungemeine Schwierigkeit wurde von vornherein betont. Man sah ein: Nur durch praktische Forderungen für die nächste Zukunft könne man die Landleute gewinnen, mit „allgemeinen Redensarten“ sei auf dem Lande noch weniger zu machen als in der Stadt.

Alles nun, was ich in den Protokollen über diese Verhandlungen habe auffinden können an praktischen Vörperzeugen für die Landagitation, war dieses: Man solle dafür eintreten, daß die Arbeitszeit verkürzt, die Naturablösung verboten werde; daß auch die Landarbeiter das Coalitionsrecht erhalten und der Gewerbeordnung unterstellt würden; ferner möge man ihnen von Soldatenmisshandlungen erzählen und, für die allgemeine Idee des Socialismus, daran anknüpfen, daß im Entwickelungswesen, im gemeinschaftlichen Maschinengebrauch u. dgl. bereits sozialistische Keime lägen.

Weit mehr Raum aber als solche ungemein praktischen Würfe nehmen in den Protokollen von Halle und Erfurt die Zugeständnisse des bisherigen Misserfolgs ein. Zum Glück jedoch hatte man einen Sünderbock im Stall: die Berliner Opposition! die ist's gewesen, die hat mit ihrem anarchistischen Geprölper die Landbevölkerung misstrauisch gemacht gegen die Heilsbotschaft der Sozialdemokratie! Die Berliner Jungen haben die Schuld, daß es bisher mit der Landagitation nicht aus der Stelle wolle.

So erklärte dñ in der Parteivorstand in Erfurt, er sei nunmehr zwar im Besitz umfangreichen Einzelmaterials für die Landagitation, dessen Sichtung, Ordnung und Ausarbeitung sich aber als eine so große und schwierige Arbeit erwiesen habe, daß eine Veröffentlichung noch nicht habe erfolgen können.

Das neue Programm weist daher den bestehenden Landleuten keine bessere Verheissung zu geben, als daß sie ihren Besitz vollends loswerden sollen, und den Landarbeitern keine bessere, als daß sie den gewerblichen Arbeitern rechtlich gleichgestellt werden sollen.^{*)} Es ist ja möglich, daßemand darauf hineinfällt, denn die Sozialdemokraten, die alles wissen, halten nach Ausweis ihrer hochmütigen Literatur das Volk für schrecklich dummkopfisch. Ob es aber praktisch ist, über die Lage der gewerblichen Arbeiter die furchtbartesten Klagen und Anklagen zu erheben und gleichzeitig den Landarbeitern für zunächst nichts besseres zu versprechen als Gleichstellung mit diesen, — um das falsch zu beurteilen muß man schon ungewöhnlich dummkopfisch sein. Und das sind die Landleute keineswegs.

Meine Herren, ich betone nochmals: Mehr als andere Gegner der Sozialdemokratie bin ich überzeugt, daß der Kapitalismus in seiner Tendenz alle Produktion an sich zu retten, unser Volk wirtschaftlich und zugleich sittlich zu ruinieren droht

^{*)} Vgl. unten S. 19 Num. unter 3 und S. 24

und daß dieser Mann eintreten wird, wenn seiner schrankenlosen Entwicklung nicht bald und entschieden Halt geboten wird. Es ist wahr, und wenn es noch so oft geläugnet wird: der gesellschaftliche Körper ist krank, schwer krank. Aber eben so wahr ist es, daß die Socialdemokratie ihn nicht heilen kann, daß sie jeden ehrlichen Versuch wirtschaftlicher Heilung hindert, indem sie das Fieber des kranken Körpers nur steigert durch die leidenschaftlichen Auffregungen ihrer Agitation.

Mit echt marktschreierischem Pathos kündigt sie triumphierend ihr Heilmittel an, dem alle Wunderkraft eigen, das im Stande und allein im Stande sein soll zur Beseitigung allen Unrechts, allen Elends, aller Not. Den aber, der warnend seine Stimme erhebt, schallt gellender Hohn entgegen: Was will denn der mit seinem ehrlichen Gesicht? mit seinem verzweifelten Geständnis, daß er so viel nicht leisten kann, wie wir versprechen? mit seinen zähnen Mittelchen, seiner Vorsicht, seinem langweiligen Geträtsch von Erfahrung und Geschichte? Lacht ihn aus! Stopft ihm das Maul mit seinen Pfastern und Salben! Rektet ihn über den Haufen! Hurrah! Hier in der roten Hude mit den großen bunten Bildern, hierwohnt der weise Mann, hier ist das Heil und nirgend anderswo!

Treten wir einmal heran, meine Herren, und betrachten, was auf dem großen Aushängeschild dieser volkswirtschaftlichen Quacksalber zu lesen ist, worin denn das Universalheilmittel dieser Menschheitstretter besteht. Da sehet wir:

Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verbrauchsmitte — in gesellschaftliches Eigentum, und Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Meine Herren, diese Programm-Definition steht an die Stelle des bisher bekannten volkswirtschaftlichen Systems mit fühlbarem Sprung ein völlig anderes. Sagte mir einer: so sieht's auf dem Mars aus oder einem andren Stern, — warum sollte ich ihm nicht glauben, wenn er mir überhaupt nachweise, daß dieser Stern von irgend welchen organischen Wesen bewohnt ist? Eine Unmöglichkeit an sich ist doch eine sozialistische Welt gewiß nicht! Wer mir aber sagt: über kurz oder lang soll es bei uns, auf der Erde, so ausschen, der muß mich erstens davon überzeugen, daß eine solche Welt überhaupt eine Menschenwelt sein kann, eine Welt für Menschen von Fleisch und Blut, von Geist, Gefühl und Leidenschaften, nicht nur für Gliederpuppen einer rein mechanischen Produktion;

und zweitens muß er mir zeigen, wie sich die uns bekannte menschliche Gesellschaftsorganisation in jene andere umwandeln könnte.

Die Socialdemokratie hat diese zweifache Aufgabe nicht ganz verkannt, sondern mehrere ihrer hervorragenderen Anhänger haben ihre Lösung versucht. Wagt man aber, diese Versuche zu kritisieren, an ihnen die Möglichkeit einer Socialisierung der Menschheit abzumessen und zu widerlegen, — da fährt man schief! Denn nimmt man zum Beispiel Bebels Zukunftsstaat, so heißt es: Ei, das ist Privatmeinung, ein Versuch der Phantasie, kein Jenseits, auf das wir als Partei schwören! Nimmt man Bruno Weisers Ausführungen über den Socialisierungsprozeß, so heißt es: Oho, der ist gar kein echter Socialdemokrat, den haben wir schon in St. Gallen 1887 an die Lust gesetzt, und 1891 haben wir in Erfurt von neuem, trotz seiner Verdienste, Acht und Baum über ihn bestätigt vermeidige aller uns zu Gebote stehenden unverhünlischen Gerechtigkeitslube! Oder man sucht in Oswald Köhlers ausführlichem Werke Belehrung, wie der sozialdemokratische Staat eingeschafft werden soll, — so sagen die Herren: Ja Köhler, wir sind nicht Köhler! Aber als Agitationschriften wurden diese und ähnliche Sachen allerbestens empfohlen, — es kommt ja nicht so genau darauf an, wonnit man den Kopf verdreht. Wenn sie nur blindlings glauben, daß die Socialdemokratie die Welt vollkommen machen kann, dann wird sich das wie schon finden, es ist Narrheit, sich darüber schon jetzt zu streiten, — haben wir nur erst die politische Macht, dann wird es sich zeigen. Noch vor wenigen Tagen, am 12. Februar, antwortete Bebel im Reichstag auf die Behauptung, die Socialdemokratie wisse nicht, wie sie den Zukunftsstaat einrichten wolle, mit den Worten (citiert nach dem „Vorwärts“):

„An dem Tage, wo der Bauplatz für den Zukunftsstaat frei ist, haben wir auch die Pläne fertig. Haben wir die Macht, unsere Ideen zu verwirklichen, dann haben wir auch die Möglichkeit.“

Das nennt sich „zielbewußt“, meine Herren!

Und diese Phrase, daß es auf nichts ankomme als auf die politische Macht, um das Ziel der Socialdemokratie zu verwirklichen; daß die Partei zu ihren Führern das unabdingte Vertrauen haben müsse, sie würden seinerzeit die neue Weltordnung schon einzurichten wissen, — dieser Gedanke ist es, der die zweite Hälfte des ersten Programmteils beherrscht und der Grundgedanke der in Erfurt beschlossenen Taktik ist.

Diese Gewinnung der politischen Macht wird erreicht durch

„Revolutionierung“, durch den Appell an den „revolutionären Instinkt der Massen“ (vgl. u. a. Bebel Prot. Erf. S. 281). Das aber „revolutionieren“ und „revolutionär“ mit dem üblichen Begriff der „Revolution“ nichts zu tun habe, — das wird nachdrücklich versichert. Es bewahre, hältst es, wenn man darauf hinweist, das ist ein grobes Missverständnis! wir denken durchaus nicht an eine blutige Revolution, wir meinen eine Revolution in dem Sinne, wie jede Umänderung und Utwälzung des Bestehenden eine Revolution ist; in dem Sinne, wie z. B. die Entwicklung der Industrie vom Handbetrieb zur Maschine eine großartige Revolution ist.

Stivolet mit dem Feuer zu spielen ist nicht möglich. Ein Feder, der höchstgebildete wie der einfachste Mann, denkt bei dem Worte „Revolution“ an die große französische und ähnliche Katastrophen, im natürlichen Sprachgefühl hat der Begriff „Revolution“, auch wenn er in „revolutionär“ und „revolutionieren“ steht, durchaus einen blutigen Beigeschmack. Und sollten das etwa unsere Volksbeglückler nicht wissen oder bezweifeln? Nein, sie rechnen damit in jeder Rede, jeder Schrift, bei jedem „Hoch“ auf die „revolutionäre Socialdemokratie.“ Es ist einer ihrer allgemeinsten Anfisse, durch den sie im Voraus die Verantwortung von sich wälzen wollen für das, was sie als unvermeidliche Folge ihrer Tätigkeit deutlich kommen sehen. Und plump genug machen es diese Ueberschlägen dennnoch. Brachte es Liebknecht doch fertig, in Erfurt (Prot. S. 205), die „lächerlichen Revolutionsphrasen“ der Anarchisten heftig zu verdammen und fogleich darauf (S. 206 und 209) die „revolutionäre Bahn“ der Socialdemokratie, den „revolutionären Charakter der Partei“ zu verherrlichen, — unter der Spitzmarte (S. 206) „Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern in dem Ziel.“ In der Tat, die Jesuiten sind alleweil unschuldige Kindlein gewesen gegen die Socialdemokraten unserer allerneuesten Zeit, die Welt hat sich auch in dieser Hinsicht großartig vervollkommenet.

Das Wasser vom Grunde aus umzuwühlen, damit es klar werde, — wem viele solcher Unforn im praktischen Leben eins Ebensowenig hätte vor zehn bis zwanzig Jahren im politischen Leben diese revolutionirende Methode Anfang gefunden. Heute aber ist sie das Grundprincip einer politischen Partei, die über anderthalb Millionen Wahlstimmen verfügt!

Ihr altes Programm war so hoch entwickelt noch nicht. Es stand, wenn auch zum tiefsten Schmerz eines Teils seiner „Bekennner“, noch unter dem Geichen menschlicher Vernunft.

Denn es zeigte einen bestimmt, reformatoischen Weg, es forderte im Sinne Lassalles

um die Lösung der sozialen Frage anzubauen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsticht.

Meine Herren, dabei konnte man sich doch etwas denken, auf einem solchen Wege konnte die Arbeitersklasse wirklich selbständig zu werden hoffen, und daß diese aus der Begeisterung geborene Idee gerade die deutschen Arbeiter mit Begeisterung erfüllte, das war kein Wunder, das war eine Notwendigkeit.

Die revolutionären Eisenacher unter der Führung von Marx, Liebknecht und Genossen, haben diese Forderung Lassalles von Anfang an bekämpft, am heftigsten seit sie im Jahre 1875 ihre Aufnahme in das Gothaer Compromißprogramm zugestehen mußten. Und in Folge dieser grundjährlichen Bekämpfung durch die Marxisten kam die Idee der Productivgenossenschaften überhaupt garnicht dazu, in herzhaften Versuchen ihre Probe zu bestehen.

Denn wie sollten Arbeiter sich zu solchen entschließen, wenn eben biejenigen so dringlich davor warnen, die sich als ihre besten, ja als ihre einzigen Freunde geheldeten?

Aber das war es keineswegs allein, weshalb bedeutende Gründungen von Productivgenossenschaften überhaupt ausblieben: Vielmehr war hierzu nicht nur Entschluß nötig, sondern in gleichem Maße Credit.

Denn eine solche aus Arbeitern bestehende Unternehmensgenossenschaft konnte natürlich ebensowenig ohne Kapital gedeckt werden wie ein Privatunternehmer. Ebenso wie dieser, der das Anlage- und Betriebskapital entweder eigenem Vermögen entnimmt oder von Anderen aufsieht, hätte eine Productivgenossenschaft vom Ertrag ihres Unternehmens Zins und Amortisation abrechnen müssen, um den Reinertrag zu erhalten. Da nun den Arbeitern eigene Mittel fehlten, war Credit für sie bieselbe notwendige Vorbedingung wie für die Mehrzahl der Privatunternehmer: Staat oder Privatleute mußten den Arbeitern, die eine Productivgenossenschaft gründen wollten, creditiren.

Aber die Agitation der revolutionären Eisenacher untergrub den Credit der Arbeiter. Sie machte es dem Staaate sowol wie den Privaten unmöglich, einer Arbeiterschaft zu creditiren, die sich der Aufrichtung zum Kampfe gegen den

Staat und das Privateigentum zugänglich zeigte. Denn wie kannemand Credit finden, der die Berechtigung des Creditwesens bestreitet und nur den Tag erwartet, an dem er stark genug ist, um seinem Gläubiger Zins und Amortisation zu verweigern? Gewiß, vor zwei und drei Jahrzehnten war die Arbeiterschaft noch nicht in solchem Umfang wie heute von der revolutionären Socialdemokratie gewonnen. Jedoch in derselben Maße wie der Anhang dieser Partei wuchs, verringerte sich der Credit der Arbeiterschaft, — heute ist er verschlungen bis auf ein Minimum,

Und das hat mit seinem Singen
Der Socialismus getan.

Ehe aber die revolutionäre Socialdemokratie in der trügerischen Masse der Arbeitersyndikatheit den Mut und den Credit der Arbeiter zu erschüttern begann, waren die Ideen Ferdinand Lassalles keine Hirngespinste.

Liebknecht selbst hat in Halle (Protokoll S. 168) zugestanden: Dem damaligen, noch etwas primitiven Zustande des deutschen Großkapitalismus habe Lassalles Vorschlag allerdings vielleicht entsprochen, dem heutigen gegenüber sei er absolut unzureichend. — Wie aber, wenn die damaligen Arbeiterführer mit allem Nachdruck für diesen Vorschlag eingetreten wären, statt ihn mit allem Nachdruck zu bekämpfen? Dann hätten sie ein wirksames Gegengewicht gegen die ungeheurelle Entwicklung des Großkapitalismus geschaffen, dann wäre in der Tat die Verselbständigung der Arbeiterklasse — und darauf kommt es an! — in segensreiche Bahnen gelenkt.

Aber freilich — wo wäre die Socialdemokratie, wenn ihre Führer für die Befriedigung der Arbeiter gewirkt hätten im ursprünglichen Sinne Lassalles? Das durfte weder der Prinzipientrotz der Eisenacher zugeben noch die schon damals blühende Parteitaktik: denn mit jedem befriedigten Arbeiter hätten ihre letzten Ziele einen Anhänger und ihre Candidaten eine Wahlstimme verloren.

Befriedigung der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft, — das darf die Socialdemokratie nicht wollen, wenn sie bestehen will. Datum muß sie es mit dem tiefsten Bauchton der Überzeugung für unmöglich erklären und durch ihre unablässige hebende und zerstörende Agitation die Unzufriedenheit schüren, muß sie entflammen zum verzweifelten, blinden Hass.

Dieses also ist das Grundprincip ihrer Taktik und ihres neuen Programms: der Kampf um die „politische Macht“, die Gewinnung einer Stimmenzahl, deren erdrückende Wucht die Regierung „zur Kapitulation bringen“ und die Welt auf

eine dann ganz einfach zu bestimmende Weise vollkommen machen soll.

Wann dies geschehen wird? darüber wetteifert der Optimist August Bebel in Prophezeiungen mit seinem Freunde Friedrich Engels, dem berühmten Vorbeipropheten von Profession.

Eine Verheißung von Engels im vorigen Jahre überbot Bebel in Erfurt, er ließ davon nicht ab trotz Volkmar's Warnung vor solchem „Appell an die Ungezügelt der Massen“, und vor wenigen Tagen wieder übertrumpfte Engels in einem Artikel der „Neuen Zeit“ die Prophezeiungen Bebels. „Mit fast mathematisch genauer Berechnung“ bestimmt er hier den Sieg der Socialdemokratie aus der Progression der Stimmenzahl auf das Jahr 1900. Aber er kann es doch nicht unterlassen, auch hier mit einem Kriege zwischen Deutschland, Frankreich und Russland zu kostetiren, — denn dann werden sich die deutschen Proletarier von 1893 „der französischen Sansculotten von vor 100 Jahren nicht unwürdig“ zeigen. Meine Herren, derartige schwachvoll entwürdigende Vergleiche müssen sich die deutschen Arbeiter von ihren Führern gefallen lassen! So niedrig schätzen diese Demagogen ihre Anhängerschaft, daß sie glauben, sie mit solcher Entehrung zu begeistern und zu mehren!

Ob sie aber selbst an ihre Prophezeiungen glauben? Schwerlich. Der wahre Grund dieses Propheteneifers hat sich in Erfurt mit classischer Durchsichtigkeit offenbart, besonders in den Worten Bebels (Prot. S. 275):

„Wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, daß erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollkommenem Recht auseinander.“

Meine Herren, für wie töricht halten denn eigentlich diese socialdemokratischen Politiker unsere Arbeiter? Sie rufen ihnen zu, in Rührung einander noch überbietend: Das Ziel ist nahe, ganz nahe! fast Alle, ja Alle werdet Ihr's erleben! Und doch, — in einer geheimen Versammlung nicht etwa, sondern in öffentlicher Rede, deren Druckauslage nach zehntausenden zählt — da genüren sie sich nicht, die wahre Absicht kundzugeben: Wir müssen diesen Schwund auf uns nehmen! täten wir's nicht, sagten wir die Wahrheit, dann ließe uns die Masse mit vollem Recht auseinander! — Meine Herren, wir protestieren dagegen, daß diese internationalen Weltbeglücker die Intelligenz unseres deutschen Volkes so grob unterschätzen.

Gleiches Zweck wie diese Prophezeierei hat der gesammte zweite Teil des neuen socialdemokratischen Programms, zu

dem ich mich nun wende. Auch er bringt nicht etwa positive Forderungen, deren Verwirklichung für die nächste Zukunft ehrhaft erstrebt und erwartet wird, sondern auch er soll „die Massen“ verblüffen, herbeilocken und dann festhalten, damit sie die Begeisterung für die ferneren Endziele nicht verlieren. In Halle 1890 sagte Liebknecht (Prot. S. 96) „Fürst Bismarck, der zwar kein Staatsmann war, aber ein Demagoge, wie er im Buche steht, hat den Wählerfang gründlich betrieben. Das thun wir auch, aber wir schwindeln den Leuten nichts vor, was wir nicht erfüllen könnten.“ In Erfurt 1891 (Prot. S. 344) drückte er sich vorsichtiger aus, als er den zweiten Teil des Programms commentirte: er bezeichnete diese „concreten Forderungen“ wörtlich als solche „die, ich will nicht von allen sagen: auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, aber doch innerhalb des Rahmens des Staates, wenn auch vielleicht nicht verwirklicht, doch angebahnt werden können und uns die Möglichkeit bieten, den Hebel anzusezen und den Umgestaltungsprozeß zu beschleunigen.“

Diese ebenso gewandte wie gewundene Definition dessen, was die Forderungen des zweiten Teils bedeuten, hat in den Überschriften derselben einen kürzeren aber um so mehr mephistophelialischen Ausdruck gefunden.

Im alten Programm hieß es, die Partei fordere „als Grundlagen des Staates“ und „innerhalb der heutigen Gesellschaft“. Im neuen Programm heißt es kurzweg nur — „zunächst“.

Im Programmenvorschlag des Parteivorstandes war dies Wort noch nicht enthalten. Es stammt aus dem Entwurfe von Carl Rautenkranz und ist in all seiner Kürze ein beredter Ausdruck aller der Meinungsverschiedenheiten, die in Erfurt verhandelt wurden. Nicht im reformatorischen Pactiten mit der heutigen Gesellschaft, dem heutigen Staat — nach der verurteilten Methode Vollmars —, noch mit dem plötzlichen Ungestimt der Berliner Opposition, sondern — „zunächst“. Denn dabei braucht Niemand zu sagen, was er denkt und will, das ist ein Wort, mit dem der zaghende Zweifler, der vorsichtige Reformator ebenso zufriedengestellt werden kann wie der ungeduldige Stürmer, — der Agitator hat es frei in seiner Hand, je nach der Stimmung seiner jeweiligen Zuhörerschaft dem vielsinnigen Worte die wirksamste Deutung zu geben. „Zunächst“ kann alles heißen, und mehr als das: es kann sogar Forderungen unter seine Fittiche nehmen, die gleichzeitig, nebeneinander nicht als verwirklicht gedacht werden können, da sie untereinander selbst im Widerspruch stehen.

Aber was schadet das? Dann braucht man ja nur zu erklären: unter „zunächst“ ist in solchen Fällen eine Periode zu verstehen, innerhalb welcher die verschiedenen Forderungen ganz verschiedenen Stufen der Entwicklung entsprechen.

Sie sehen also, meine Herren, dieses „zunächst“ ist eine Art von Tarnkappe, mittels welcher sich der Gegner unsichtbar, ungrieffbar zu machen sucht.

Und doch, es wäre eine seige Bequemlichkeit, wenn wir den Kampf mit ihm nicht aufnehmen wollten, — wir schulden diesen Kampf Denjenigen, auf deren Überlistung der schlau maskierte Feind es abgesehen hat, wir schulden das den einfachen Männern, Männern und Frauen, die sich in den Massen dieses demagogischen Neiges verspielen sollen. Die Wähler- und Bauerntänzer, zu der sich Liebknecht namens seiner Partei in Halle unverhohlen bekannt hat, speculiert in niedrigrächtiger Verschmittheit mit dem Mangel scharfer Geistesbildung, sie handelt nach dem Recept, das Bebel in Erfurt (Prot. S. 164) wie folgt formulirt hat: „Wir haben diese Massen zu gewinnen, indem wir jeden Einzelnen zu fassen suchen. Und fassen wir ihn zunächst auch nur an einem Finger, dann gehts ihm wie jenem, der dem Teufel den Finger reicht, wir fassen nach dem Finger die Hand und nach der Hand nehmen wir den ganzen Menschen, so wird er vollständig von uns erobert.“

Nach diesem Recept bewußter Frivolität ist der ganze zweite Teil des Programms gebraut: für Jeden etwas, für eines Jeden Geschmack ein Lieblingsgericht, damit er kommt und Platz nimmt an der reichgedeckten Tafel. Es fällt mir nicht ein zu behaupten: diese Speisen sind in ihrer Mehrzahl absolutes Gift! Im Gegenteil, was hier zur Schau gestellt wird, das sind zum guten Teil Ideale, die in eines Jeden Brust leben, der edel denkt und die Freiheit liebt. Das Giftmischerische aber liegt darin, daß solche Wünsche, deren Verwirklichung in der Gegenwart errungen werden kann und muß, gemischt sind mit solchen, die innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, in einer Welt aus Menschen wie wir sie kennen, nicht errungen werden können, und daß man die Gesamtheit dieser Forderungen dennoch schon an die nächste Zukunft zu stellen wagt — mit dem Bewußtsein der Unmöglichkeit, zugleich aber mit dem Bewußtsein, daß die breite Masse der Menschen nicht im Stande ist, innerhalb dieser Gesamtheit von Forderungen das zunächst Mögliche von dem zunächst Unmöglichen zu scheiden.

Die socialdemokratischen Führer wissen recht wol, daß

dieser zweite Teil des Programms für die Agitation der Massen weit wichtiger ist als der erste. Der erste imponiert mit nationalökonomischer Weisheit, mit fühlenden Ideen einer neuen Welt, — der zweite aber wirkt unmittelbarer: denn alle dem, was heute mangelhaft ist, stellt er das besser dünkende gegenüber, in scheinbar harmloser Weise, ohne gewaltsame Überreibung des Ausdrucks. Wer das liest mit schlichtem Sinn und ohne klare Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse der Gegenwart, in die Schwierigkeit ihrer Umgestaltung, — muß der sich nicht sagen bei diesem oder jenem Satz: Ja, ja, so ist es recht! wäre das so eingetrichtet wie es hier steht, dann wäre es besser? Es wäre bedauerlich, wenn er nicht so dächte. Und wenn er sich dann weiter vertieft: Schutz der Arbeit, Sicherung des Erwerbs, Befreiung von materieller Not, von Steuer- und Heereslast, von aller Einschränkung und Unterdrückung, — sind das nicht Zustände, die er wünschen muß, wenn er ein gesunder Mensch ist? zu denen er Ansätze überall sieht? deren Durchführung ihm leicht erscheinen muß, wenn er sie als etwas so selbstverständliches hingestellt sieht?

Dann kommt ein gewandter Agitator und schildert die Schlechtigkeit der gegenwärtigen Welt. Er übertreibt; aber er hätte es garnicht nötig: es gibt ja in der Tat Schlechtigkeit genug, und wenn man diese recht häuft und sich wendet an das ehrlieche, rechtliche Herz eines deutschen Arbeiters und ihn aufruft zum Kampf gegen diese Schlechtigkeit und für die besseren Zustände, die in den Sätzen des socialdemokratischen Programms angebietet sind, — muß der Mann das nicht für seine Pflicht erkennen? muß er nicht das Böse hassen, das Gute wollen? Und sagt ihm nicht der Agitator, sagt es ihm nicht sogar die gedruckte Zeitung, das gedruckte Buch, daß das Gute so selten ist in der „kapitalistischen“ Welt? daß die „herrschenden Klassen“ mit wenigen Ausnahmen, von denen er vielleicht zufällig gerade eine kennt, aus fatten, fetten Bourgeois bestehen, aus Profitwüsterichen, die kein anderes Ideal kennen, als ihn auszubeuten, ihn, den darbenden Proletarier?

Meine Herren, wer von Ihnen nicht selbst ein schlichter Arbeiter ist, versetze sich einmal in die Lage eines solchen und stelle sich vor, wie das socialdemokratische Programm, eine socialdemokratische Zeitung, eine Agitations-Brochüre oder Rebe auf ihn wirken müßte. Und wenn er mir dann noch sagen will: ein Arbeiter, der dem zustimmt, ist ein Lump, — dann sage ich ihm: Das ist deine ehrliche Meinung nicht! du mußt anerkennen, daß ein schlichter Arbeiter ein so raffinirtes

Gewebe von Lüge und Wahrheit nicht durchschauen kann. Und ich sage ihm weiter: Wenn du nicht deine geistige Kraft einsetzt, um dem Arbeiter zu helfen, daß er Lüge und Wahrheit scheiden lernt; wenn du dich nicht unverdrossen bemübst, ihn herauszuziehen zu deiner Einsicht in die Grenzen des Möglichen; und wenn du nicht mit aller Kraft der Selbstüberwindung, deren du als gebildeter Mensch fähig sein sollst, eintrittst für die besonnene Verwirklichung des Möglichen, — dann wirst du als Mitzuhilfiger zu Grunde gehen im Kampfe der wilden Gewalt um das Unmögliche.

Und nun bitte ich Sie, meine Herren, einen weiten Weg mit mir zu machen durch den ganzen zweiten Teil des socialdemokratischen Programms. Wir müssen versuchen, uns im Einzelnen klar zu werden über seinen unredlich demagogischen Charakter, über seine bewußte innere Unwahrheit und die praktische Absurdität der Mehrheit seiner Forderungen.

Freilich, das Wichtigere ist leider nicht immer das Interessantere, das einfach Sachliche ist meistens nicht so fesselnd, wie die allgemeinen Ideen.

Ich bitte daher um Nachsicht und Geduld, wenn meine Ausführungen hier und da recht trocken werden, und wende mich nun, in umgekehrter Ordnung, voran zu der zweiten Gruppe der Programmforderungen, unter der Überschrift:

„Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Socialdemokratische Partei Deutschlands zunächst“.*)

*) Hier wird gefordert:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheissen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Tricksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gefindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das hier in großen Zügen entwickelte Arbeiterschutzgesetz durchgehends zu besprechen im Vergleich mit dem, das am 1. April d. J. in Kraft tritt, muß ich mir heute versagen. In seiner Gesamtheit stellt es natürlich diesem gegenüber Mehrforderungen, es überbietet das Werk der Regierungen und des Reichstags.

Bebel fragte in Erfurt (Prot. S. 176): „Wenn die Regierung, — im Gegensatz zu dem Bismarck'schen Regiment, dazu gekommen ist, neben dem Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgez. auch ein wenig in Arbeiterschutzgezgebung zu machen, ei, hat das die Regierung gethan, um der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zu liefern? Nein, sondern einzige und allein, um der sozialdemokratischen Mühle das Wasser abzugraben. Darüber wollen wir uns doch nicht täuschen. Mögen die Leute da oben ein noch so gutes Herz' haben — ich glaube z. B. an das ‚gute Herz' des Herrn v. Berlepsch — aber unsere Freunde sind sie nicht, und alles was sie thun, thun sie, um uns zu schwächen.“

Ja, meine Herren, „wir“ „uns“ „unsere“ — wer ist denn das? Mit gewandter Dialektik verquicht Bebel in diesen Sätzen, wie das so üblich ist, die Begriffe „Arbeiter“ und „Sozialdemokrat“. Allerdings, der Sozialdemokratie wollen die Regierungen das Wasser von der Mühle nehmen, Freunde der Sozialdemokratie sind sie nicht und diese wollen sie schwächen, aber sie sind Freunde der Arbeiter und wollen diese stärken; denn je mehr sie die Lage der Arbeiter verbessern, je mehr sie deren Unzufriedenheit beseitigen helfen, desto mehr tun sie ihre Pflicht und entziehen zugleich der sozialdemokratischen Agitation den Nährboden.

Dagegen muß natürlich die Sozialdemokratie kämpfen mit allen Mitteln, sie darf nicht dulden, daß die Arbeiter den ehrlichen Willen und die segensreichen Leistungen unserer gegebenden Körperschaften als ehrlich und segensreich anerkennen und empfinden. Die Furcht davor, daß sie durch die erfolgreiche Conkurrenz der staatserhaltenden Kräfte ihrerseits überflüssig gemacht, kaltgestellt werden könnten, läßt den Sozialdemokraten jedes Bekämpfungsmittel als gerecht erscheinen, — „gerecht“ im Sinne der Erfurter Taktikresolution, die ja „Wahrheit, Recht und Sitte“ als Grundlage anerkannt für das Vertragen aller Sozialdemokraten untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen.

Als Beweis dieser fittlichen Täuschigkeit erschien dann, kurz nachdem sie zum Parteibeschluß erhoben war, am 8. November 1891 im „Vorwärts“ ein Artikel, einer von vielen ähnlichen,

in dem es heißt: Die Arbeiterfreundlichkeit des Staates sei Polizeisocialismus; dennoch sei die Sozialdemokratie der staatlichen Arbeiterschutzgezgebung niemals prinzipiell ablehnend gegenübergetreten, sondern sie habe durch Stellung von Verbesserungsanträgen ihre Bereitwilligkeit zu gesetzgeberischer Mitwirkung befunden; diese aber seien verworfen, und den Gesetzen statt eines arbeiterfreundlichen ein eminent arbeiterfeindlicher Charakter gegeben.

Meine Herren, diese Ausführungen des von Liebknecht parteiamtlich controllirten Haupt- und Centralorgans schlagen der „Wahrheit, Recht und Sitte“ frech in's Gesicht. In welcher Absicht und Erwartung hat denn die sozialdemokratische Reichstagsfraction ihre vom einseitigsten Arbeiterinteresse dictirten „Verbesserungsanträge“ zur Regierungsvorlage gestellt? doch nur in der, daß sie zerschlagen sollten an den Interessen der Arbeitgeber, — auf welche die Regierung und der Reichstag doch wol auch einige Rücksicht nehmen müßen, wenn sie die industrielle Production überhaupt am Leben und mit dem Ausland konkurrenzfähig erhalten wollen; wenn sie ermöglichen wollen, daß der Arbeiter eine Stätte findet, in der er arbeiten kann; wenn sie die sogenannte „industrielle Reservearmee“ nicht in noch heilloserem Maße vergrößern wollen, als es die gerade in den arbeitenden Klassen schranken- und sinnlose Bevölkerungszunahme tut. Gewiß, das neue Gez. ist nicht nur ein Arbeiterschutzgez., es ist zugleich ein Arbeitgeber schutzgez., wie es der „Vorwärts“ so gerne nennt, und es mußte diesen doppelten Charakter haben, um ein Schutzgez. für die Arbeit zu sein, ein Gez., das kein einseitiges Classeninteresse vertreibt, sondern ein Interesse der Gesamtheit.

Aber trotz dieses im besten Sinne socialistischen Charakters verurteilt die Sozialdemokratie das Gez. als „eminent arbeiterfeindlich“ und stellt ihm in ihrem neuen Programm die Forderung eines Arbeiterschutzgezes gegenüber, dessen Verwirklichung in seiner einseitigen Verächtigung der Arbeiterinteressen die arbeiterernährende Industrie zum mindesten schwer schädigen müßte.

Es genügt, dies an einem Punkte (1a) nachzuweisen, an der Forderung „eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages“. Diese Forderung liefert zugleich den Beweis, daß auch dieser Arbeiterschutzgez.-entwurf unter der Devise „zunächst“ eine unehrliche, demagogisch-agitatorische Absicht hat.

Im alten Programm von 1875 wurde „ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag“ gefordert,

obwohl Karl Marx gegen eine so unbestimmte Forderung sein entschiedenes Nein einlegte und verlangte, daß die unter den gegebenen Umständen für normal zu haltende Länge des Arbeitstages fixirt werde. Liebknecht gab ihm Recht, wie in Bezug auf die ganze theoretische Kritik des damaligen Programmenvorwurfs, aber er schrieb ihm nach London (Prot. Erfurt S. 327): „Du kannst von außen die Verhältnisse nicht so übersehen, wie es uns hier von innen möglich ist.“ Zwischen sind die Bedenken in diesem Punkt überwunden; das neue Programm fordert den Achtstundentag mit unbedingter Bestimmtheit, auf Grund eines Beschlusses, den der internationale Arbeiterkongress in Paris 1889 faßte.

Zwischen damals und heute hatte die Socialdemokratie mehrfach Gelegenheit, außerhalb des Programms, innerhalb der gesetzgebenden Körperlichkeit Stellung zur Frage des Normalarbeitsstages zu nehmen, so 1877, 1885 und zuletzt bei der Beratung der am 6. Mai 1890 von den verbündeten Regierungen beim Reichstag vorgelegten Gewerbeordnungs-Novelle. Einen Maximal- oder Normal-Arbeitstag für die erwachsenen männlichen Arbeiter hat diese Novelle bekanntlich nicht festgesetzt, doch kann der Bundesrat das tägliche Arbeitsmaximum vorschreiben für solche Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Dagegen beantragte die socialdemokratische Fraktion einen Normal-Arbeitstag: In den nächsten Jahren, bis 1894, von 10 Stunden, dann von 9 Stunden, erst von 1898 ab 8 Stunden; nur für die ununterbrochen und die unter Tage arbeitenden Betriebe sowie für jugendliche Arbeiter sollte schon sogleich der achtstündige Normalarbeitstag Gesetz werden — ein Wunsch, dessen möglichst baldige Erfüllung wir wol alle hoffen. Wir müssen das hoffen allein schon deswegen, weil die Arbeiter Zeit gewinnen und Kraft behalten müssen zur Befriedigung ihres unsläugbaren Triebes nach geistiger Bildung; sie bedürfen eines starken Gegengewichtes gegen das Mechanische ihrer Tätigkeit, und nur Einsicht in die Gesetze menschlicher Entwicklung und der Geschichte kann sie schützen vor den trügerischblendenden Lockungen der Socialdemokratie, kann sie reif machen für eine gesunde, geistige Reform.

Es war demgemäß kein Wunder, daß gerade die ungünstigsten unter den Socialdemokraten, die Berliner „Jungen“, gegen ihre Reichstagsfraktion die wüstende Anklage erhoben: sie habe mit ihrem Antrag, den 10—9—8stündigen Arbeitstag betreffend, gegen die Prinzipien der Partei und den Beschuß des Pariser Kongresses verstößen. Der Berichterstatter der

Faktion auf dem Parteitag zu Erfurt, Mollenbuhr (Prot. S. 154), verteidigte dieses ihr Verhalten in durchaus zutreffender Weise: Übergangsbestimmungen seien unverläßlich, sofortige Einführung des Achtstundentags werde schon deshalb unmöglich erscheinen, weil die umliegenden Länder viel länger arbeiteten und weil in 8 Stunden vor der Hand das nötige Arbeitsquantum nicht geleistet werden könne.

Wie verhält sich nun hierzu das in Erfurt beschlossene neue Programm? Die zur Beratung unterbreiteten Entwürfe forderten den Achtstundentag, — wohlgemerkt principiell, das „zunächst“ brachte mir Kautsky. Drei besondere Anträge (Prot. Erf. S. 32 und 33) mäßigten dagegen die Forderung, am klarsten der Antrag von Vollmar auf „Festsetzung eines den jeweiligen Produktionsbedingungen entsprechenden und mit deren Entwicklung sich vermindernden Normal-Arbeitstags.“

Auch hier zeigt sich die Schlaueit der Erfurter Tagessitzung, in Folge deren der Kampf mit der Opposition zwischen dem alten und neuen Programm ausgefochten werden mußte. Alle die guten, vernünftigen Gründe, die man in dieser Redeschlacht gegen die Möglichkeit geltend gemacht hatte, schon zunächst den Achtstundentag zu fordern, alles das galt nur, sofern es gegen die Opposition gesagt war, — das einstimmig, ohne Plenardebattie beschlossene Programm stellte die eben noch einhellig als unmöglich bekämpfte Forderung unter „zunächst“ nutig auf, und Liebknecht erklärte in seinem offiziellen Kommentar dazu, daß gerade diese Arbeiterschutzforderungen durchweg auf „dem Boden des tatsächlich Möglichen“ ständen (Prot. Erf. S. 354).

Meine Herren, Liebknecht hatte wol seine Versicherung (Prot. Halle S. 96) vergessen, daß die Socialdemokratie den Leuten nichts vorleß, was sie nicht erfüllen könne; und er hatte wol Bebels fünf Tage zuvor getane Neuersetzung (Prot. Erf. S. 169) mißbilligt, in der es hieß: wer weiß, daß etwas unmöglich ist, und es doch behauptet, der ist ein Betrüger. Aber freilich, in der von Bebel selbst verfaßten Erfurter Resolution über die Parteitaktik (Prot. S. 156—158) heißt es ja „die Erwerbung der politischen Macht“ könne nur geschehen „durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesamten Arbeiterklasse boten“. Wenn dann dieselbe Resolution mit der Verherrlichung von „Wahrheit, Recht und Sitte“ schließt, so sehen wir, wie ernst es die Socialdemokratie damit meint.

Es ließe sich noch vieles über diesen Programmteil, über

die Forderungen „zum Schutz der Arbeitersklasse“, sagen. Doch sind wol die Reichstags- und Presßverhandlungen vom vorigen Winter her noch frisch genug in Aller Erinnerung. Nur einiges noch.

Die Forderung nach Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen habe ich schon oben (S. 9) besprochen. Ihnen angeschlossen sind die Dienstboten: es sollen die Gesindeordnungen aufgehoben und auch die Dienstboten den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden. Sie würden sich bestens dafür bedanken, ebenso wie die Landarbeiter, namentlich aber, wenn die Socialdemokratie in ihrer Gewerbeordnung, so wie neulich im Reichstag, die Kündigungsfrist beseitigen wollte. Natürlich wird diese Beseitigung im Programm nicht gefordert, ja, die wichtige Frage wird gar nicht berührt, denn darüber war man sich in der Partei selbst nicht einig (Prot. Erf. S. 154), und so werden die Dienstboten einfach gelöbert mit „Beseitigung der Gesindeordnungen“. Hieße es „Reform“ — damit würden nicht nur die Dienstboten wol zufrieden sein, sondern auch die Herrschaften, vor allem hinsichtlich der preußischen Gesindeordnung von 1810.

Nicht berührt wird ferner im neuen Programm die Frauenarbeit. Das alte forderte ein „Verbot aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit“, und das war ein edler Wunsch. Das neue kennt ihn nicht. Es soll damit natürlich keineswegs gesagt sein, daß die Socialdemokratie die darauf bezüglichen Bestimmungen billige, die am 1. April d. J. in Kraft treten, und daß sie sich damit begnäge; in der Tat können diese auch noch nicht alle Wünsche erfüllen, deren Erfüllung anzustreben ist. Der Grund, warum die Forderung des alten Programms im neuen nicht wiederkehrt, liegt vielmehr in Folgendem: Die moderne Socialdemokratie hebt den Unterschied der Geschlechter nicht nur hinsichtlich der Rechte auf — worüber nachher noch ein Wort — sondern auch hinsichtlich der Pflichten. Und was alles ein waschchter Socialdemokrat den Frauen zumuten mag, das lehre uns die erste Autorität auf diesem Gebiete. Bebel malt in seinem Buch „Die Frau und der Socialismus“ (9. Aufl. 1891 S. 337) den „Normal-Arbeitstag“ der Zukunftsfrau wie folgt aus: „Eben noch praktische Arbeiterin in irgend einem Gewerbe, ist sie in der nächsten Stunde Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie an einem dritten Theil des Tages irgend eine Kunst aus oder pflegt eine Wissenschaft, und versieht in einem vierten Theil irgend eine verwaltende Funktion.“ Man sieht, meine Herren, Bebel weiß die Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts zu

schätzen; zumal wenn man bedenkt, daß die Zukunftsfrau das alles in einem Normalarbeitsstag von 4 bis 2 Stunden besorgen soll, den ja Bebel derselben Zukunft vindicirt. Aber gewiß, die Entwicklung der Technik, von der Bebel die höchsten Erwartungen hegt, wird ermöglichen, daß alles dies mit Maschinen geschicht! Ich bemerke übrigens ausdrücklich, daß ich für derartige Albernheiten keinen Socialdemokraten außer Bebel verantwortlich mache; die Partei trifft nur der Vorwurf: Sie hat in ihrem öden socialistischen Schematismus das Gefühl dafür verloren, daß die gewerbliche Frauenarbeit wenn möglich ganz abgeschafft werden muß, daß die Forderung, die Frau sei auch hierin mit dem Manne gleichzustellen, auf einer rohen Verkenntnis der Mannespflichten beruht. Ausdrücklich betone ich ferner: es ist nicht wahr, daß unsere Arbeiter zum großen Teil oder gar in der Mehrzahl wirkliche Socialdemokraten sind: Sie wissen nicht, wie unsittlich die moderne Socialdemokratie ist, in ihrem Herzen haben sie nichts gemein mit den rohen Consequenzen der socialdemokratischen Idee.

Gestatten Sie mir nun zum Schluß dieses Abschnitts noch zwei Bemerkungen.

Das alte Programm verlangte „Regelung der Gefängnisarbeit.“ Carl Marx verurteilte diese Forderung als „kleinlich in einem allgemeinen Arbeiterprogramm“, und sie ist nicht wiederholt in dem neuen, obwohl die Socialdemokraten von Bielefeld und Weimar besondere Anträge zur Neuformulierung dieses Punktes liefertern (Prot. Erf. S. 34). Warum sie nicht berücksichtigt wurden, entzieht sich unserem Urteil, da ja die Programmberatung in Erfurt hinter die Kulissen verlegt wurde. Vielleicht war es nur eine zarte Rücksicht auf den Wunsch des verstorbenen Carl Marx. Zöricht aber war es jedenfalls, denn das gegenwärtige System der Gefängnisarbeit schädigt die existierenden Handwerkszweige und drückt die Löhne der in ihnen beschäftigten Arbeiter auf ein verzweifeltes Minimum herab. Hier hat sich also die Socialdemokratie einmal einen guten Rüdder entwischen lassen für viele Stimmen aus der Arbeitersklasse nicht nur, sondern auch aus dem von ihr und Anderen so viel umworbenen Kleinbetrieb.

Wie wenig sie des letzteren Rüde zu erkennen und wirklich zu heben bemüht ist, zeige die letzte Bemerkung dieses Abschnitts. Die Socialdemokratie, der Socialismus, ist zwar nach Bebels millionenfach nachgebeterter Definition „die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntniß auf alle Gebiete menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft“, — aber, wie das ja mehreren Wissenschaften eigentlich ist, für die praktischen Fragen des

gegenwärtigen Lebens hat sie herzlich wenig Verständnis und noch weniger guten Willen.

Wodurch ist denn die Productionsuordnung entstanden, welche die Socialdemokratie so leidenschaftlich der „bürgerlichen Gesellschaft“ vorwirft, wodurch wird sie denn in's Maßlose immerfort gezeigt? Behauptet doch gerade die Socialdemokratie, daß sie allein den Weg wisse, um alle Production so zu regeln, daß sowohl Über- als Unterproduction unmöglich werde, — diese Frage muß sie also ganz besonders interessiren! Dennoch schweigen darüber die praktischen Forderungen des neuen Programms gänzlich.

Meine Herren, fragen wir, unbefangen von Privatinteressen, was es denn sei, wodurch Überproduction, Krisen, in deren Gefolg Heraabdrückung des Handwerkers zum Lohnarbeiter, Lohnreduction und dergleichen heutzutage so vielfach stattfinden, so können wir uns doch nicht verhehlen: eine Hauptschuld liegt daran, daß die Production gänzlich überlassen ist dem Vie lieben und der Kapitalkraft des individuellen Unternehmers, daß es an einem witsamen Mittel fehlt, um die Production zu regeln. Oder ist etwa die „freie Concurrenz“ in ihrer Alleingültigkeit ein solches Mittel? Kann wirklich die individuelle Calculation über Angebot und Nachfrage genügen, um die Production nicht nur für den betreffenden Unternehmer, sondern für die Gesamtheit ersprießlich zu gestalten? Keineswegs! denn für diese individuelle Calculation sind nicht Bedürfnis und Fähigung an erster Stelle maßgebend, sondern die Frage: Ist hier für mich ein Geschäft zu machen? habe ich Kapital genug, um die örtliche und entferntere Concurrenz trotz geringerer Verkaufspreise so und so lange auszuhalten, daß ich dadurch die weniger kapitalkräftigen Concurrenten vernichten und mein Productionsgebiet, in näherem oder fernem Umkreis, für mich monopolisieren kann?

Ermöglicht und praktisch bewährt wird eine solche Calculation zu Gunsten des Großkapitals täglich und ständig durch die Schrankenlosigkeit der Gewerbefreiheit.

Deren Einschränkung aber darf die Socialdemokratie nicht verlangen, — das Wort „Freiheit“ ist heilig und unantastbar, einerlei in welcher Zusammensetzung, die „Bogelfreiheit“ vielleicht ausgenommen. Ja, für die Zukunft ihrer sozialistischen Organisation kann sie nicht wünschen, wie die Freiheit der Arbeitswahl und des Consums, so auch die Produktionsfreiheit auf ein Minimum zu beschränken: in der vollen beten sozialistischen Gesellschaft bestimmt die Centraleitung das Productionquantum, diese unternimmt, genehmigt oder verbietet

auf Grund statistischer Übersicht die Einrichtung neuer Betriebe. Das ist das vollendete Gegenbild der Gewerbefreiheit. Aber, für die nächste Zukunft schon eine zweckmäßige Einschränkung der Gewerbefreiheit zu fordern, um dadurch der Überproduction, den Krisen und deren weiteren Folgen vorzubeugen, — das wäre gegen das Lebensinteresse der Socialdemokratie, das wäre ein Weg zur Rettung des Kleingewerbes, und zu dessen Rettung darf die Socialdemokratie keinen Finger rühren: denn dann wäre ja das Kleingewerbe kein Boden mehr zur Sichtung socialdemokratischer Wähler. Jeder Krach, jeder Concurs, dessen Grund in der Gewerbefreiheit liegt, ist der Socialdemokratie nur willkommen: sie spielt mit gut geheucheltem Schmerz den lachenden Etben*).

Sie macht es eben hier, bei den „versinkenden Mittelschichten“, ebenso wie bei den Arbeitern: wirtschafter Schutz ist nicht ihr Wille, — im Gegenteil, sie muß ihn zu hindern suchen, damit ihr Anhang, ihre „politische Macht“ wachse. Denn je größer die Not, die Unzufriedenheit, je rücksichtsloser der Triumph des Großkapitals, — desto reißender schiebt der Strom zum Sturze, desto mehr Wasser hat ihre Mühle.**)

Meine Herren, es steht uns noch viel bevor: Alle die Forderungen, die das rote Programm aussellt für die staatliche und gesellschaftliche Gesamtorganisation der Gegenwart und nächsten Zukunft.

Wir finden sie in zehn inhaltsreichen Absäulen, zwischen dem ersten Hauptteil des Programms (s. Ann. S. 5 f.) und

*) Die Berliner Jungen haben sogar erklärt (vergl. B. August „Eugen Richters Socialdemokratische Betrachtungen“ Leipzig, Ehrlé, 1891 S. 10): „Die Beseitigung des Kleinbürger- und Kleinbauernstaats halten wir für eine der Vorbedingungen des Socialismus. Die wirtschaftliche Entwicklung räumt bereits damit auf, und wir werben den Untergang dieser Elemente nur zu beschleunigen an. Das ist eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen uns und der offiziellen Socialdemokratie.“ Der Unterschied besteht aber nicht in der Sache selbst, sondern nur darin: daß die oppositionelle Socialdemokratie der Jungen kein Hehl daraus macht und aus der Schule schwächt, während die „offizielle“ das Vertrauen ihrer Opfer zu erschleichen sucht, um sie hinterträds niederzustoßen.

**) Das in vorstehendem Abschnitt die Frage der Streiks und Boykotts nicht berührt wird, beruht auf der Erwagung, daß der allgemein bevorstehende Halbjähriger Gewerkschafts-Kongress dem Verhältnis zwischen der socialdemokratischen Partei und den ursprünglich selbständigen Arbeiterorganisationen vorläufiglich einen neuen Ausdruck geben wird. Es handelt sich im Wesentlichen darum, ob es den Socialdemokraten gelingen wird, eine von ihnen unabhängige Union der Gewerkschaften zu hervorbringen, um den letzteren dann endgültig die politische Organisation ihrer Partei aufzuhängen.

den Arbeiterschutzforderungen (§. Ann. S. 19), vereinigt unter der Überschrift:

„Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst“.

Übersichtliche Gruppierung der 10 Absätze wird unsere Arbeit erleichtern und verkürzen. Ich stelle folgende fünf Abschnitte auf:

- I. Die staatliche Organisation.
- II. Das Heerwesen.
- III. Das Schul-, Rechts- und Sanitätswesen.
- IV. Der Staatshaushalt.
- V. Die Frauen- und Religionsfrage.

I. Die staatliche Organisation.

Das Programm nennt die politische Form des „zunächstigen“ Staates nicht mit Namen, wol aber bezieht es sich auf die Stufenfolge „Reich, Staat (d. i. Einzel- oder Bundesstaat), Provinz und Gemeinde“ und notiert uns dadurch, die für zunächst geforderte oder anerkannte staatliche Organisation als so gegliedert zu betrachten. Eine Spize dieser Organisation wird nicht genannt, es ist die Rede nur von „Volk“ und „Volksvertretung“; ob aber darin, darüber oder daneben noch eine höhere politische Central-Gewalt stehen soll, sagt das Programm nicht. In der Presse und öffentlichen Reden darf die Socialdemokratie zu ihrem lebhaften Bedauern nicht immer so deutlich darüber sein wie sie wol möchte. (Prot. Halle S. 127 „man liest geru, was man sich sonst denken muß“.) Aber in den Parteiblättern, die zur Zeit des Socialistengesetzes im Ausland erschienen, sowie im Reichstag, unter dem verfassungsmäßigen Schutz der Redefreiheit, machten die Herren kein Hehl aus ihren Wünschen: Beseitigung der Monarchie und Einführung der Republik, aber nicht etwa einer nach französischem Muster gebildeten bürgerlichen, sondern einer rein demokratischen. Auch in Halle (Prot. S. 179) hat Liebknecht dieses unbedingt ausgesprochen, und in Erfurt wagte Bebel (Prot. S. 274) zu erklären, die Partei wolle nach wie vor „die sozialdemokratische Gesellschaft herbeiführen unter Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und ihres politischen Überbaues, des heutigen Staates“. Die Ver einbarkeit dieser Erklärung mit dem Strafgesetzbuch muß ich Bebel als einem besseren Kenner überlassen und hier nur noch anschließen, daß Liebknecht in Erfurt (Prot. S. 346) die uns jetzt vorliegenden Forderungen charakterisierte als „die absolute

Demokratisierung der politischen Einrichtungen in Deutschland“ (Prot. S. 346).

Welche Befugnisse nun soll das absolute Volk „zunächst“ haben, also das Volk in seiner Gesamtheit, zum Unterschiede von der Volksvertretung?

Erlässt die Befugnis, diese Vertretung zu wählen. In Bezug hierauf beantragt der erste unserer 10 Absätze folgende Neuerungen:

Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimme abgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahl system; und bis zu dessen Einführung gejegliche Renteinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetag. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

Zunächst einiges über drei Abweichungen vom bisherigen Zustande hinsichtlich der Wahlberechtigung.

An Stelle der bisherigen Ausnahmen von der Berechtigung zur Ausübung der Wahl (vgl. Reichswahlgesetz § 3) soll nur die eine treten: im Falle der Entmündigung, d. h. „wegen geistiger Unfähigkeit — Blödsinn u. s. w.“, wie Liebknecht in Erfurt erläuterte (Prot. S. 345). Die Socialdemokratie kann nicht deutlicher verraten, wie gering sie, nicht etwa in Rückicht auf den monarchischen Staat sondern innerhalb der von ihr selbst geforderten Organisation, die Ehre der politischen Rechte anschlägt. Denn sie stellt sich damit in dieser Hinsicht ausdrücklich auf eine Stufe mit benachbarten Elementen, denen nicht einmal der bürgerliche Staat, dieser Auskund von Unzittlichkeit, einen Anteil an seiner Verwaltung gestattet: Spieghuben und Verbrecher jeder Art dürfen, ja sollen im demokratischen Staate die Volksvertretung wählen helfen; ja weiter, sie sollen unter anderm auch mitwirken an der Gesetzgebung und der Wahl ihrer eigenen Richter: denn auch das gehörte zu den geforderten politischen Rechten. Humaner kann man allerdings nicht sein, und das soll uns zu gerechter Beurteilung mahnen: Wer wie Bebel (in öffentlicher Versammlung im Februar 1871) die Einheit des Reichs „im Wesentlichen die Einheit der Kaserne und des Zuchthauses“ genannt hat, wer wie Liebknecht beim Abschied von Hubertusburg die Empfindung hatte, er komme „aus einem kleinen Gefängnisse in ein großes“ und in diesem fehle obendrein „das Gefühl der Sicherheit, welches man im kleinen Gefängnisse hat“ (Reichstag 21. November 1874), — von dem kann man nicht verlangen, daß er weiß, was politische Ehren und Rechte sind. Unsere

Arbeiter werden sich mindestens ebenso energisch wie unsere „Bourgeois“ gegen solche Entehtungsversuche sträuben. Wenn die staatserhaltenden Parteien so stimmenfertig wären, wie die Socialdemokraten, sollten sie eigentlich nichts lebhafter wünschen als eine Probe mit dieser Forderung schon bei der allernächsten Wahl. Ich bin überzeugt: Nur gar wenige deutsche Arbeiter würden socialdemokratisch wählen, wenn sie als Vorber- oder Hintermann an der Wahlurne einen wohlbewachten Buchthäusler begrüßen müßten. Es hieße das Ansehen der Toten schänden, wenn ich nicht ausdrücklich betonte, daß in dem alten Programm von dieser Forderung noch keine Spur war.

Doch nicht nur schlechte Gesellschaft verspricht die moderne Socialdemokratie dem Arbeiter auf seinem Weg zur Wahlurne, — auch Frauen und Mädchen werden ihm den Gang verschönern. Ich gehöre nicht zu den Spöttern, die aus dem (obendrein mit absolut statt im Verhältnis zum ganzen Körper bemessenen) durchschnittlichen Mindergewicht des weiblichen Gehirns folgern: die Frauen sind politische Cretins. Gibt es doch manchen Beweis des Gegenteils, und andererseits sind die dickköpfigsten Männer durchaus nicht immer die besten Politiker. Dass aber die socialdemokratische Forderung einen heiteren Beigeschmack hat, läßt sich doch nicht läugnen. Der socialdemokratische Minister für die Cultur-, Unterrichts- und Femininal-Angelegenheiten, Herr Bebel, sagt in seinen grundlegenden Untersuchungen über die Frau und den Socialismus (9. Aufl. 1891 S. 216): „Statt eines Hemmschuhes wird der Mann in der gleichgesinnten Frau eine Unterstützerin erhalten; sie wird, wenn sie durch Pflichten abgehalten ist, sich selbst zu befreiigen, den Mann anspornen, seine Schuldigkeit zu thun. Sie wird es in der Ordnung finden, daß ein Bruchtheil des Verdienstes für eine Zeitung, für Agitationszwecke ausgegeben wird“ u. s. f. Da also liegt's: Jetzt wird die Frau eilich, wenn der Mann wählen und wählen will, darum soll sie mit, oder doch, wenn sie gerade in der oben (S. 24) geschilderten Weise für den Mann arbeiten muß, diesen zum Besuch der Versammlung oder des Wahllocals anspornen. Ein neuer Commentar, meine Herren, aber ein guter, zum Schluß von Goethes Faust: „Das Ewig-Weibliche zieht uns hinan.“

Aber der humoristische Beigeschmack ist nicht die Hauptfache, — die Arbeiterinnen sollen helfen zur Eroberung der politischen Macht, sie sollen die Zahl der socialdemokratischen Wahlstimmen steigern! Denn die Berechnung ist ganz richtig:

Die Bourgeois-Frauen und Mädchen würden vom Stimmrecht weniger Gebrauch machen als Jene.

Der gleichen Absicht ist die Forderung entsprungen, daß die Wahlberechtigung fünf Jahre früher eintreten solle als bisher. Es wäre in der Tat schade, wenn die Fülle socialdemokratischer Zielbewußtheit in den Köpfen der Hunderttausende von 20—25jährigen Männern so wie bisher auch ferner unfruchtbar schlummern sollte. Je früher der Teufel den Menschen packt, desto leichter ist seine Mühe, desto sicherer und dauerhafter der Erfolg: Lehrlinge von 15 Jahren sah man seiner Zeit sogar in dem klassischen Weimar geschmückt mit der Medaille „Zur Erinnerung an den Sieg des Proletariats über das Socialistengesetz“. Und solche müssen noch zehn Jahre lang bearbeitet werden, damit ihre Zielbewußtheit keinen Schaden nimmt durch die sonst zu befürchtende Reife des Urteils, — das ist allerdings hart für die Socialdemokratie. Sie versichert freilich „wer erst einmal anfängt zu denken, der wird auch Socialdemokrat“, aber sie kann das nur erzielen, wenn sie die Fortsetzung des Denkens durch ihre agitatorische Minirarbeit verhindert. Den jungen Arbeitern geht es damit ähnlich wie so manchen jugendlichen Vertretern unserer altemodernsten International-Literatur, bei denen über dem einmal begonnenen Rosettiren mit der socialistischen Idee der Ernst und die Kraft zu klarem politischem Denken zum Teufel geht.

Und gewiß darf man das den Einzelnen nicht zum Vorwurf machen, in keinem Stande. Denn mit der Erziehung zu politischer Einsicht ist es in allen Ständen arg bestellt. Jede menschliche Gemeinschaft sollte die Heranbildung ihres Nachwuchses zur Einsicht in ihre Organisation als eine erzieherische Hauptaufgabe betrachten, und vor allen anderen sollte der Staat das tun. Denn seine Organisation ist die schwerstverständliche und sein Bestand ist gefährdet, wenn seine jungen Bürger beim Eintritt in das Leben dem Privatunterricht der Parteipolitik preisgegeben werden, ehe ihnen die Grundtatsachen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse klar sind*).

Das dringlichste Interesse der nationalen Einheit gebietet daher, daß der Staat die Schule in starker Hand behält, daß er sich diese Grundlage seiner Kraft um keinen Preis

*) Wie viele unserer parteifreien Wähler wissen denn z. B., was für ein Kompetenzverhältnis zwischen Bundesrat und Reichstag besteht? Ein Leber frage sich, antworte ehrlich und suche Belehrung, ehe er sich wieder auf sein Parteitoch schwingt!

entwinden läßt, sondern daß er sie festhält und befestigt mit aller Entschiedenheit, deren er fähig ist. Wie traurig weit aber wir davon entfernt sind, lehrt der preußische Volksschulgesetzentwurf, auf den ich auch in diesem Zusammenhang einzugehen gestattet bin, weil seine Hauptvertreter in ihm eine Waffe gegen die Socialdemokratie zu sehen meinen. Möchten sie doch nur nicht etwa in der Bekämpfung, die seitens der Socialdemokratie gegen diesen Entwurf in Scène gesetzt wird, eine Bestätigung für diese Meinung erblicken, — sie würden so recht gutmütig in eine echt socialdemokratische Falle gehn! Denn im letzten Grunde hat der socialdemokratische Entzündungssturm gegen den Entwurf keine andere Absicht als die erzdiplomatische: daß man glauben soll, die Socialdemokratie fürchte sich vor der Gesetzwerbung dieses Entwurfs, und daß man eben dadurch veranlaßt werden soll, für seine Gesetzwerbung um so energischer einzutreten. Denn keiner Partei wäre es mehr willkommen als gerade ihr, wenn der Staat die Volksschule den Confessionen preisgäbe, denjenigen Elementen also, deren wechselseitige Bekämpfung die schwerste Gefahr der nationalen Einheit ist. Und nicht in dieser Berechnung allein, sondern auch in der ferneren, daß die Erziehung zu politischer Einsicht um so weiter in den Hintergrund gedrangt werden müßte, je mehr die kirchlichen Elemente in der Volksschule Einfluß erobern würden. Um so besser könnte dann die Socialdemokratie im Trüben fischen, um so leichter würde es ihr, die Zöglinge der Volksschule als Stimmvieh auf ihre Weide zu führen. Denn daß confessioneller Unterricht, von der geistigen Versumpfung abgesehen, die sittliche Kraft des Menschen stärke, daß also in dieser Hinsicht der preußische Volksschulgesetzentwurf gegen die Socialdemokratie wirksam werden könne, — das kann doch nur glauben, wer nicht unterscheiden gelernt hat zwischen den Begriffen Sittlichkeit und Religion, Religion und Confession.

Aber, wie gesagt, nicht nur in Bezug auf die Volksschule verkennt der Staat seine Aufgabe, Staatsbürger zu erziehen; er verkennt sie trotz vielen Drängens und einiger Ansätze zur Besserung auch in Bezug auf die höheren Schulen. Besonders wer vom Gymnasium kommt, weiß, was das politische Leben angeht, noch immer in der Vergangenheit, vor allem im Altertum, besser Bescheid als in der Gegenwart. Diese Kenntnisse sind gewiß schätzenswert, aber sie sind wie ein Haus ohne Dach, und das ferntre Leben in Studium und Beruf läßt nur einer verschwindenden Minderheit die Muße und Gelegenheit

zur Nachholung des Verzögerten. Das Natürliche, das Notwendige wird hier als Ausnahme angestaut. Nicht deutlich ist mir das durch ein Erlebnis geworden. Vor sieben Jahren, als Student, hörte ich in Berlin eine Vorlesung über die deutsche Reichsverfassung; da hat mich nicht Einer, da hat mich meine ganze Bekanntschaft gefragt: Wollen Sie denn unmittelbar? ich denke, Sie sind Philologe?

In dieser Richtung, meine Herren, liegt auch der Grund dafür, daß in dem neuen socialdemokratischen Programm die Forderung des alten nach „obligatorischer Stimmabgabe“ aller Wahlberechtigten nicht wiederholt ist, auch in keinem der Entwürfe wiederkehrte. Man stieß sich schwierlich daran, daß in der unmittelbaren Verpflichtung zur Ausübung eines Rechtes ein Widersinn liegt, sondern man sagte sich: daß diese Forderung, ernsthaft verireten und durchgesetzt, nur ein Mittel sein würde, um die politische Indifferenz der herrschenden Klassen zu Ungunsten der Socialdemokratie zu vermindern.

Lebzigens ist ja die Indifferenz nicht die einzige Ursache, weshalb so viele „Gebildete“ nicht an die Wahlurne gehen: der Hader der Parteien ist daran mitschuldig. Besonders aber auch der Umstand ist hier zu beachten, daß nur die Socialdemokraten fast durchgehends Zahlcandidaten in solchen Wahlkreisen aufstellen, in denen jede Möglichkeit eines Erfolgs ausgeschlossen ist. Auf diese Weise erzielen sie ja die agitatorisch trefflich wirkende Phrase: wir sind die stärkste Partei im Reich! Für Anhänger der andren Parteien, die nur selten Zahlcandidaten aufstellen, tritt eben überall, fast in jedem Wahlkreise, der Fall ein, daß sie nicht wählen, weil kein Candidat ihrer Partei in Frage steht. Am 20. Februar 1890 wurden mit 71,6% der berechtigten Stimmen abgegeben. Von den 28,4% der 10145 877 deutscher Männer über 25 Jahre, die nicht an die Urne traten, dürfen höchstens 2,4 als Socialdemokraten gerechnet werden, höchstens 6 als verhindert durch Alter, Krankheit, Reisen u. dgl. Dann bleiben noch 20%, ein volles Fünftel nichtsocialdemokratischer Stimmen, die aus den oben dargestellten Gründen, der Indifferenz und des Mangels eines Parteidandidaten, nicht abgegeben wurden.

Obligatorische Stimmabgabe könnten also höchstens die nichtsocialdemokratischen Parteien wünschen, wenn sie nicht an sich ein Unding wäre. Wel aber wäre für die wünschenswerte Hebung solcher Nebelstände eine fernere Forderung des socialdemokratischen Programms zu erwägen. Die mit der Reichsverfassung (Art. 20) und dem Reichswahlgesetz (§ 5 Abs. 3)

vereinbare*) Forderung „gesetzlicher Neuenteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung“ soll nur eine Vorstufe bilden bis zur Einführung des „Proportional-Wahlsystems“.

Bekanntlich entscheidet im heutigen Wahlsystem die absolute Stimmenmehrheit in geschlossenen Wahlkreisen; wenn bei dem Wettbewerb von mehr als zwei Candidaten eine absolute Stimmenmehrheit für einen derselben (allen anderen gegenüber) sich nicht herausstellt, so findet eine Stichwahl unter den beiden Candidaten statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Wenn also von 10000 abgegebenen und gültigen Stimmen in einem Wahlkreise der Candidat A 5100 erhält, B 2500 und C 2400, so ist A gewählt; wenn aber A nur 4900 Stimmen erhält, B hingegen 2600 und C 2500, so ist Stichwahl erforderlich zwischen A und B.

Was ist die Folge? Im ersten Fall sind 4900 gültige Stimmen umsonst abgegeben, sie bleiben ohne jeden Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstags; im zweiten Falle wird ein ähnliches, durchaus unzulängliches Ergebnis durch eine Stichwahl erzielt, — ganz zu geschweigen von den fittlich bedenklichen Folgen eines Systems, bei dem die Notwendigkeit, für einen bestimmten Parteivertreter möglichst viele

*) Dass sie zugleich, wenn auch nicht nach jeder Volkszählung, wünschenswert ist, sei hier kurz ausgeführt. Zur Zeit bilden 100 000 Seelen das Grundmaß eines Wahlkreises. Die auf Grund dieser Einheit vorgenommene Einteilung des Reichs in 397 Wahlkreise entstammt den Jahren 1869, 1870 und (für die Reichslande) 1873. Seitdem ist die Bevölkerung derartig gewachsen, daß unter Beibehaltung desselben Grundmaßes von 100 000 Seelen 497 Wahlkreise errichtet, also 497 Reichstagssabgeordnete gewählt werden müßten statt 397. (Preußen 300 statt 236, Bayern 56 statt 48, Sachsen 35 statt 23, Württemberg 20 statt 17, Baden 17 statt 14 u. s. f.) Doch würde eine Neuenteilung der Wahlkreise nicht unbedingt gebunden sein an das Grundmaß von 100 000 Seelen; man könnte, da die Bevölkerung etwa im Verhältnis von 4 zu 5 gewachsen ist, in demselben Verhältnis das Grundmaß der Wahlkreise von 100 000 auf 125 000 erhöhen. Dann würden auf Grund der Volkszählung vom 1. December 1890 (49428470 Seelen) 395 gleiche Wahlkreise zu errichten sein statt der durchaus ungleich gewordenen 397. Preußen stellte dann 240 Reichstagssabgeordnete, Bayern 45, Sachsen 28, Württemberg 16, Baden 13 u. s. f. Augensfälliger als in Bezug auf die Staaten würde die Verschiebung zu Gunsten der Gerechtigkeit in Bezug auf die einzelnen Landesteile sein, auf die größeren Städte besonders. Berlin würde von den 240 preußischen Reichstagssabgeordneten 13 stellen statt der heutigen 6 von 236. Und wie ungleich in Berlin selbst die Verteilung ist, lehrt die Tatsache, daß am 1. December 1890 von je 1000 Einwohnern entfielen auf Wahlkreis I: 58, III: 86, V: 92, II: 206, IV: 250, VI: 308. Bei einem gesetzlichen Durchschnitt von 100 000 Seelen hätte also der erste Berliner Wahlkreis 91 670, der letzte 496 267, d. h. mehr als das Fünffache des ersten, und die Stimme eines Wählers im letzten hatte am 1. Dec. 1890 einen „Gewicht“ von nur 20,66% oder 79,44% unter pari!

Stimmen aus der durch den Wahlkreis gegebenen Wählerzahl zu erobern, nicht nur zu innerlich unwahren Compromissen und Kartellen führt, sondern auch zu den verwerflichsten Mitteln persönlicher Verdächtigungen, Verlärmbungen u. s. f., überhaupt zu einem Ton, dessen weitere Folge eine gefährliche Zerrüttung der örtlichen und nationalen Einheit ist.

Aber die obige Rechnung bedarf noch einer wichtigen Ergänzung: Wir sahen, daß am 20. Februar 1890 nur 71,6% der berechtigten Stimmen (in gültiger Form) abgegeben wurden, und wir müssen daher auch in unserem Beispiel annehmen, daß 28,4% nicht abgegeben wurden, von denen nur 6 absolut verhindert waren, ihr Wahlrecht auszuüben. Wenn aber 10000 abgegebene Stimmen 71,6% aller im Wahlkreis berechtigten darstellen, so sind im Ganzen 13966 Stimmen berechtigt, und von den 3966 (= 28,4%) nicht abgegebenen Stimmen dürfen nur 6% der Gesamtheit, also 838, absoluter Behinderung zugeschrieben werden. Es bleiben somit 3128 Stimmen, von denen höchstens 1128 in Folge politischer Indifferenz, 2000 aber deswegen nicht abgegeben sind, weil ihre Inhaber für keinen der in dem betreffenden Wahlkreis aufgestellten Parteicandidaten stimmen wollten. Es wurde also in unserem Beispiel, nach Abrechnung der behinderten und der indifferenten Wahlberechtigten, der Candidat A gewählt mit 5100 gegen 2500 + 2400 + 2000 = 6900 Stimmen, d. h. von 12 000 zur Stimmabgabe berechtigten, geneigten und unbehinderten Wählern übten nur 5100 Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages aus, — die Stimmen der Mehrheit blieben ohne einen solchen Einfluß. Unser Beispiel aber ist, wenngleich besonders deutlich, so doch keineswegs ein unzulässig übertriebenes: vielmehr weist ein jeder unserer 397 Wahlkreise ähnliche Erscheinungen auf, wenn auch verhältnismäßig selten in so hohem Grade. Denn die Einteilung des Reiches in geschlossene Wahlkreise hat in jedem Fall zur Folge, daß die politische Überzeugung einer großen Minorität, unter Umständen sogar der Majorität, auf die Zusammensetzung des Reichstages ohne jeden Einfluß bleibt.

Es handelt sich nun darum, ob dieses entschiedene Uebel unheilbar ist oder ob es sich durch einen Systemwechsel beseitigen läßt. Das socialdemokratische Programm empfiehlt das „Proportional-Wahlsystem.“ Fragen wir, was darunter im socialdemokratischen Hauptquartier selbst verstanden wird.

Als Liebknecht in Halle (Prot. S. 170) die Aufnahme dieser Forderung in das neue Programm empfahl, begründete er sie damit, daß die Socialdemokratie innerhalb des be-

stehenden Systems „im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl eine viel geringere Vertretung im Reichstage als die anderen Parteien“ habe; dieser „flagranten Ungerechtigkeit“ müsse abgeholfen werden. Daß Liebknecht auch in diesem Punkte nur vom Vorteil seiner eigenen Partei spricht, darf uns, nebenbei bemerkt, nicht wundern, da es ja ein Hauptgrundsatz der Socialdemokratie ist, ihr Partei-Interesse mit dem der Gesamtheit zu verwechseln. Lesen wir, wie er damals das Abhilfsmittel beschrieb:

„Das System besteht darin, daß nach Listen im ganzen Lande abgestimmt wird und daß das ganze Land bloß einen einzigen Wahlkreis bildet. Jede Partei hat das Recht, auf ihrer Liste so viel Kandidaten aufzustellen*), als überhaupt Mandate zu verteilen sind, und nun geht es ans Abstimmen. Die Stimmzettel der verschiedenen Parteien, welche, zur Vermeidung von Irrthümern, verschiedene Farben haben könnten**), werden an den Wahlurnen abgegeben; die im ganzen Lande abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und dann die Gesamtzahl durch die Zahl der Mandate dividiert, und auf die Stimmenzahl, die so herauskommt — sagen wir auf je 9- oder 10000 Stimmen — entfällt je ein Mandat, und dann verteilt man einfach. Bei je 10000 Stimmen auf ein Mandat würde unsere Partei, bei 1½ Millionen Stimmen, 150 Sitze im Reichstag haben.“***)

Schen wir ab von den Anerkennungen, zu denen diese Darstellung herausfordert, — was würde doch diese Gestalt des Proportional-Wahlsystems erreicht werden? Ganz unbedingt

*) Es ist also nicht möglich, daß der einzelne Wähler die Kandidaten seiner Parteiliste persönlich kennt. Zu dieser Theorie ein Bild aus dem Leben: Der Abgeordnete Müller (Centrum) legte kürzlich Krankheitshalber sein Mandat nieder und zeigte dies seiner Wählerin in einem Brief an, dem der Liebknechtische „Vorwärts“ am 19. Febr. 1892 folgende Stelle entnahm: „Ihr habt mich, den persönlich nicht Bekannten, gewählt; ¼ der Wahlstimmen auf eine Sache nur dem Namen nach bekannte Persönlichkeit vereinigt.“ Und was sagt der „Vorwärts“ dazu? etwa: so ist es Recht, in dem System, das wir fordern, wird das ganz allgemein so sein? Nein! er grüßt den „Gebauer-Gehörn der Centrum-Wähler“ mit dem man „unbekannt“ bei „aufsichtsreichen Wahlbauten“ hingenommen, die „Rote im Sac“ gefunden“ habe.

**) Heilige Logik! wo bleibt die „geheime Stimmabgabe“?

***) Auch hier also kann Liebknecht ohne Bananenfängerei nicht auskommen: Er legt für die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen das abgerundete Ergebnis der Wahlen vom 20. Februar 1890 zu Grunde; dann läßt er die Gesamtzahl der Mandate unbestimmt, so daß jeder, der sich durch den einen Faktor der Berechnung die sozialdemokratische Stimmenzahl vom 20. Febr. 1890, auf den Norden der tatsächlichen Verhältnisse verklopft fühlen muß, eine Gesamtzahl von 397 Mandaten annimmt und weiter

eine Zuspißung und Verschärfung der Parteidifferenzen, leinetwegen aber der Vorteil, den Liebknecht ferner an dieser Gestalt des Systems sieht: (Prot. Halle 170) „daß auch der kleinsten Minorität, die bei dem jetzigen System unvertreten bleibt, die Möglichkeit der Vertretung gewahrt wird.“ Denn nur fest organisierte Parteidifferenzen würden im Stande sein, Kandidatenlisten aufzustellen, und die Leitungen oder Vorstände solcher Gruppen würden bei der Aufstellung der Liste naturgemäß solche Kandidaten auswählen, die ihnen passen; oder wenn die Parteidifferenzen in bestimmten Kreisen die Kandidaten auf die Liste setzen würsten, so könnte doch nur wieder die lokale Majorität über deren Aufstellung entscheiden. Ferner aber: wenn jede Partei soviel Kandidaten auf ihre Liste setzt, als Mandate vorhanden sind, und wenn dann aus dem Verhältnis der auf jede Parteiliste abgegebenen Stimmen zur Gesamtzahl der abgegebenen überhaupt berechnet wird, wie viele Mandate einer jeden Partei zufallen, — welche Kandidaten der Liste erhalten dann ein Mandat? Da hilft nichts als eine engere Wahl, und wie wollen denn dabei die Minoritäten zur Geltung kommen?

Sie sehen also, meine Herren, das Proportional-Wahlsystem im sozialdemokratischen Sinne wäre nur noch unzureichender als das bestehende, es wäre sogar der Ausdruck einer ganz ungehönerlichen Parteidifferenz, bei der die politischen Überzeugungen der Minoritäten ebenso wenig Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstags haben würden als gegenwärtig. Aber was kümmert das die Socialdemokratie? was hat damit eine Partei zu schaffen, die das Interesse der Gesamtheit immerfort im Munde führt und nichts als das crasseste Interesse nur ihrer selbst im Herzen? Wenn ihre Phantasien nur betrüffend auf die Massen wirken und diese tödern durch den trügerischen Schein der Gerechtigkeit! Die Schwierigkeiten, ja die Unmöglichkeiten der Ausführung sind Nebensache, — dafür stellt sich mit unfehlbarer Sicherheit eine Phrase ein, wie die obige: „dann verteilt man einfach“, mit der Liebknecht den ganzen Widerstand dessen überkleistert, was er unter dem Proportionalwahlsystem versteht.

folgert: auf 10000 Stimmen entfällt ein Mandat, also sind 3970000 Stimmen abgegeben und 1500000 davon sozialdemokratisch, — bravo! In Wirklichkeit waren 7228542 gültige Stimmen am 20. Febr. 1890 abgegeben, — aber im Verhältnis zu dieser Zahl hätte die der sozialdemokratischen Stimmen nicht so verblüffend imposant gewirkt. Die versammelte „Zielvolligkeit der Partei“ lauschte in begeisterter Andacht den Worten des Meisters.

Mit dieser Gegenüberstellung einer sehr ungünstlichen Wirklichkeit und einer sehr toll gewordenen Phantasie möchte ich für heute von der Frage des Wahlsystems Abschied nehmen. Sie verdient die ernsthafteste Überlegung all derer, die eine Gesundung unseres politischen Lebens, des Parteiweisens besonders, für die Grundbedingung einer glücklichen Zukunft halten. Lassen Sie es daran nicht fehlen, meine Herren! Vielleicht ist das Proportional-System durchaus nicht nur äußerlich und auf den ersten Blick bestechend, vielleicht steht wirklich ein echter Kern darin; ich glaube es sogar und meine, daß es wohl nur darauf ankommt: ihm eine Form zu geben, die seiner Idee gerecht wird.

Schon deswegen allein müßte man dieses System auszurufen streben, weil zu hoffen ist, daß die oben ange deuteten fiktiven Folgen des bisherigen Verfahrens im Proportional-System nicht in so bedenklichem Maße auftreten würden. Freilich, der Socialdemokratie müßte gerade diese Wirkung das ganze Proportional-System verleidet, denn für sie heißt es: je heftiger die Agitation, desto besser! Daher auch, um möglichst häufige Wahlen zu schaffen, im neuen Programm die Forderung zweijähriger Gesetzgebungsperioden statt der jüngst eingeführten fünfjährigen. Nur in einer einzigen Hinsicht kann man dieses Verlangen der Socialdemokratie billigen: Kürzere Legislaturperioden haben den einen Vorteil, daß die Regierung der Volksvertretung nicht so leicht Gegenentwürfe vorlegen kann, von denen das Volk bei der Wahl seiner Vertreter keine Ahnung hatte. Wie möchte wol z. B. die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses sein, wenn der neue Volkschulgesetzentwurf bei den vorigen Wahlen in Aussicht gestanden hätte? Unzweifelhaft so, daß der Versuch, den Entwurf einzubringen, gar nicht gemacht werden könnte.

Eine unbedingte Zustimmung kann ich endlich zwei ferneren Forderungen nicht versagen, deren sich auch das neue socialdemokratische Programm annimmt: „Bonnahme der Wahlen (und Abstimmungen) an einem gesetzlichen Rubetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter.“ Die Gründe dieser Forderungen sind oft genug entwickelet, der hartnäckige Widerstand wirkt verbitternd im Volle. —

Meine Herren, es ist unmöglich und unnötig, alles Fernere mit gleicher Ausführlichkeit zu behandeln wie diese erste Befragnis des souveränen demokratischen Volles (Wahl der Volksvertretung). Gestatten Sie daher, wie es der Gegenstand gleichfalls tut, eine schnellere Behandlung vorerst der

weiteren Befragnisse des Volles in seiner Gesamtheit, zum Unterschiede von der Volksvertretung. Die bezüglichen Forderungen lauten in Absatz 2 dieses Programmteils:

Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermehrt des Vorschlags- und Berichtigungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volles in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

und hierzu tritt aus Absatz 8:

Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Insoweit darin dem Volk die Wahl auch dieser Gehörden noch ausdrücklich zuerkannt wird.

Meine Herren, dieses Alles wird für „zunächst“ gefordert. Ich muß gestehen, daß ich einer solchen Staatsordnung die bewußte „revolutionäre Dictatur des Proletariats“ bei weitem vorziehen würde, die Karl Marx als die notwendige Form des Übergangs aus der kapitalistischen Welt in die sozialistische verkündete. Denn das wäre doch etwas, geschichtlich nachweisbar, mögliches und die notwendige Vorstufe eines Caesarismus, der die verwirrte Welt wieder auf die Beine bringen müßte. Marx selber würde, wenn er noch lebte, den Erfurter Programmschmieden gehörig den Kopf gewaschen haben, mehr noch als 1870 denen in Gotha, — nur mit dem Unterschiede, daß er es nicht wieder in einem Rundschreiben zu Händen Liebknechts tun würde. Denn dieser hat sich damals als zielbewußter Posthume schlecht bewährt und er hat seine eigentümliche Auffassung des „Briefgeheimnisses“ noch nicht geändert, wie selne in Erfurt (Prot. S. 326 f.) versuchte Mohrenwäsché zeigt*).

Vorausgesetzt einmal, daß diese Forderungen ernsthaft gemeint und nicht nur durch die Vorspiegelung so ungeheuerlicher Selbstherrlichkeit des Volles auf den allergrößten Wählerfang berechnet wären, — was würde dabei herauskommen?

Fragen von so verwickelter Natur, wie Gesetzgebung und

*) Das Vergebliche dieses Versuchs besteht darin, daß Liebknecht die Jahrzehntelange Verheimlichung des Marxischen Briefes vor einem Teile der Mitadressaten und vor der ganzen Partei mit dem „Interesse der Partei“ motivirte, deren Verschmelzung mit den Bassalleantik damals, im Jahre 1870, allerdings durch seine Bekanntmachung erschwert oder verhindert worden wäre. Es kommt aber erstens nicht darauf an, warum Liebknecht den Brief verheimlichte, sondern daß er es tat und dadurch bewies: wir socialdemokratischen Parteiführer müssen im Interesse der Partei unter Umständen über unsere Anhänger dieselbe Beweismündung ausspielen, die wir in einem fort den Monarchen und ihren Regierungen vorwerfen und sogar in solchen Fällen vorwerfen, wo die verwiderten

Verwaltung nothwendiger Weise immer sein müssen, auf dem Wege des Plebiszits lösen zu wollen, — was würde das zur Folge haben anders, als Tausende und Hunderttausende von verschiedenen Vorschlägen und Wünschen, und ebensoviel Gegenvorschläge und Gegenwünsche? Und zu was anderem würde das führen als zu einem Chaos, in dem fast nichts zu Staude kommen und das zu Stande gebrachte keinen Bestand haben könnte! Die Socialdemokraten spiegelten dem Volk freilich vor, bei den alten Germanen sei die Verfassung so gewesen. Aber sie verschweigen dabei nicht nur den Unterschied zwischen primitiven und complicirten Cultur-, Erwerbs- und Verkehrsverhältnissen, sondern sie müssen, wie Liebknecht in Halle (Prot. S. 171), fast in demselben Atem einräumen: Derartiges sei wohl in den kleinen Landesgemeinden der Schweiz möglich, nicht aber in den großen Reichen der modernen Zeit; schon in den grösseren Cantonen der Schweiz müsse die Gesetzgebung durch eine gewählte Vertretung vorgenommen werden, dann erst stimme das Volk darüber ab, und andererseits werde ein Gesetz erst dann dem gesetzgebenden Körper vorgelegt, wenn eine gewisse Anzahl von Wahlern, es fordere. Und so erklärte Liebknecht in Halle: „Eine Bestimmung in diesem Sinne, überhaupt eine nähere Definition der direkten Gesetzgebung ist unter allen Umständen in unsrer zu reformirendes Programm aufzunehmen“ (Prot. S. 171). Sie wissen, meine Herren, inwiefern dieses besorgt ist. Der Entwurf des Parteivorstandes forderte „direkte Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes“, — also im Sinne der Liebknechtischen Erklärung in Halle —, aber schon der Entwurf Rautkys gab dem Satz die demagogische Gestalt, die in Erfurt einstimmig genehmigt wurde. Liebknecht schob diesem Satz dann zwar in seinem offiziellen Kommentar (Prot. Erf. S. 345) den Sinn seiner vorjährigen Erklärung unter, — aber der Grund, warum der Entwurf des Parteivorstandes, also nur „Anteilnahme des Volkes an

Widerichten der auswärtigen Politik eine völlige Auflegung aller Karten im Interesse des Reichs ganz unmöglich machen; wenn nun Liebknecht am 24. Januar 1882 im Reichstag sagte „Meine Ansicht von auswärtiger Politik lässt sich in den kurzen Satz zusammenfassen: die beste auswärtige Politik ist gar keine“, so begreift sich schwer, warum er deren selber manchmal nötiges Verfahren auf den Berlehr mit seinen Parteigenossen überträgt. — Zweitens kam es nicht darauf an, dass Liebknecht den Brief damals, im Jahre 1876, verheimlichte; sondern darauf, dass er ihn auch weiterhin, sogar vor Weber, verbarg und sein Vorhandensein öffentlich überhaupt erst zugestand, seit Freibrich Engels ihn im Februar 1891 in der „Neuen Zeit“ abgedruckt hatte.

der Gesetzgebung“, verworfen wurde und ersetzt durch die Forderung: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk“, ist klar wie die Sonne: eine von vornherein ecklätte grundfältliche Einschränkung der allzugemittelbaren Volksouveränität wäre für den Wählerfang nicht so brauchbar gewesen. Zugleich ist die Geschichte dieses Satzes charakteristisch dafür, wie ohnmächtig die Führerschaft, wenn sie einmal mächtig wirken will, der drängenden Majorität gegenüber ist, — charakteristisch für jetzt, vorbildlich für die erfreute Zukunft!

Lehnliches gilt von den weiteren Volksbefugnissen. Die Selbstverwaltung ist von der Gemeinde aus fühllich auf Provinz, Einzelstaat und Reich ausgedehnt, trotz des Bewußtseins der Unmöglichkeit, und die „Selbstverwaltung“ im Entwurf des Parteivorstandes ist Gefälligkeits halber im Programm noch ergänzt durch „Selbstbestimmung.“

Dafür hat der Parteivorstand andererseits mehr gesagt, als genehmigt wurde: er hatte nicht nur „jährliche Steuerbewilligung“ vorgeschlagen, sondern gar das „Recht der Steuerverweigerung.“ Hierauf wurde großmütig Verzicht geleistet; aber erst in der Commissionsberatung zu Erfurt selbst, — die Entwürfe hatten sich von dem kostlichen Gedanken noch nicht trennen können, und kein öffentlich bekannt gegebener Antrag hatte sich gegen ihn gewandt.

Wer ferner die „Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben“ ernsthaft nebnete wollte, der würde wol gleichfalls durch ein mitleidiges Lächeln der socialdemokratischen Führerschaft für seine schwache Treue belohnt werden. Denn wer würde weniger als sie selbst darauf hereinfallen, sich in eine solche Behörde wählen zu lassen? Was es heißt, seine amtliche Autorität in einer socialdemokratischen Gesellschaft zu verteidigen, das haben den gegenwärtigen Führern die Parteitage in Halle und Erfurt zur Genüge gezeigt. Und doch war auf diesen Parteitagen ja nicht etwa die breite Masse der „stärksten Partei“ anwesend, sondern, nach Vollmars jaust ironischem Ausdruck (Prot. Erf. S. 254), die „Intelligenz der Partei“. Meine Herren, in welcher Weise diese intelligente Elite den gewählten Führern und „Behörden“ gegenüber austrat, das wissen Sie ja. Ich meine nicht nur das tumultuarische Verhalten der „Opposition“, sondern weit, weit darüber hinaus machte sich die Abneigung gegen die Führer und ihren Willen bemerkbar. Freilich, die Berichte der Zeitungen ließen das nicht hinlänglich erkennen, die gerade in diesem Punkt sorgfältig redigirten parteiamtlichen Protokolle noch weniger; aber ich habe selbst die Ehre gehabt,

einem Teil der Verhandlungen in Erfurt, von der Tribüne aus, bei zuwohnen und bin mit der Beruhigung heimgekehrt, daß es im sozialdemokratischen Staat der nächsten Zukunft viel mehr pensionierte Beamte geben wird als active. Denn wenn sich die Herren schon derartig erhöhen, wo es sich nur erst um allgemeine Ideen handelt, um Grundsätze, die keinem wehe tun, Niemandes Privatinteresse berührten, — wie würde es dann zugehen, wenn es bereinst oder gar „zunächst“ wirklich darauf ankommen sollte, diese umstrittenen allgemeinen Ideen und Grundsätze zu messen an den unendlich verschlungenen Fragen der Praxis? wenn das dem Menschen nun einmal eigentümliche persönliche Interesse sich faktisch ganz dem der Gesamtheit unterordnen sollte? einer solchen obendrein, die sich in dem Prozeß einer Umwandlung von bisher unerhörtem Umfang befände? Stets war die Welt im Wollen verhältnismäßig einiger als im Vollbringen. Und da nun in diesem Falle das Wollen in der Begeisterung für ein allgemeines Ideal besteht, dennoch aber schon hier die Meinungen so heftig auseinandergehen, — wie müßte da das Vollbringen sein, das in Begeisterung und Ausbau einer völlig neuen Gesellschaftsordnung bestünde? Gleich dem Summen der Müde im Sturm müßte das Wort der Führer verhallen in jolchem Weltentzuß.

Was für Zustände aber, gerade hinsichtlich der Führer-Autorität, die Privatphantasie eines immerhin hervorragenden Sozialdemokraten in fernerer Zukunft erwartet und für möglich hält, das mögen folgende Sätze zeigen aus dem Babel der Bebel-Bibel. In dem Buche „Die Frau und der Socialismus“ heißt es u. a. (9. Auflage 1891 S. 266 und 268):

„Es handelt sich nicht um die Besetzung von Posten, die gauz besondere Ehre, größere Gewalt und höheres Einkommen einbringen, sondern um einfache Vertrauensposten, zu welchen man die Brauchbarsten, ob Mann, ob Frau, nimmt, die man von ihren Posten abberuft oder wieder wählt, wie es das Bedürfnis erfordert und es den Wählenden wünschbar erscheint. . . . Haben Fortschritte in der Entwicklung alte Organisationen überflüssig gemacht, so schafft man sie ohne Saug und Klang und ohne großen Streit ab, da kein persönliches Interesse vorhanden ist, und richtet ebenso leicht neue ein. . . . Liegt erst einige Erfahrung vor, vollzieht sich das Ganze spielend.“

Wenn es darauf ankommt, statt mit Menschen von Fleisch und Blut mit Puppen zu rechnen, ist Bebel mit dem Worte „spielend“ immer bei der Hand.

Im Anschluß hieran werde ich die vierte Forderung des vorliegenden Programmteils zu besprechen haben, da ihr Inhalt sich mit den unmittelbaren Volksbefugnissen eng verbindet. Hier heißt es:

Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

Meine Herren, abgesehen von einigen Ausnahmefällen, wie in den Reichslanden, und von geringen Einschränkungen, wie sie zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung nötig sind, haben die liberalen Kräfte des Volks die hier geschilderten Freiheiten errungen, und die Sozialdemokraten machen davon ja den allerliberalsten Gebrauch. Aber es ist ihnen das noch nicht genug, sie wollen noch mehr haben, — solange sie die bestehende Staats- und Gesellschaftsorganisation bekämpfen. Welcher Zustand aber in dieser Hinsicht im sozialdemokratischen Staat herrschen müßte, dafür bietet das bisherige Leben in der Partei die sichersten Anhaltspunkte. Freilich verlangt diese ja vorläufig nicht, daß ihre Anhänger ihre Privatmeinung hinter dem Berge halten sollen, sie sollen sie nur in anständiger Form vorbringen. Nach den bisherigen Erfahrungen gehört aber ein recht großer Optimismus zu der Erwartung, daß die innerhalb der Partei in so hervorragender Weise bewährte Gehässigkeit und Verläumderei in der sozialistischen Übergangs- oder fertigen Organisation sich in eitel Höflichkeit verwandeln werde. Das immer wieder betonte und immer wieder verfragende demokratische Prinzip der Unterordnung unter den Willen der Majorität müßte dann vollends zerflattern in alle Winde, wenn es sich nicht mehr, wie jetzt, datum handelt, den Eindruck einer großartig imponirenden Eintracht zu erheucheln. Und was dann mit denen, die sich der Majorität nicht fügen wollen? Jetzt schmeißt man sie aus der Partei hinaus, stößt sie zurück in den „Pfuhl der bürgerlichen Gesellschaft“, — was aber dann, in der Gesellschaft der gleichberechtigten Genossen? Meine Herren, wie colonialfeindlich die Sozialdemokratie sich heute auch geberden mag, — dann könnte sie doch nicht umhin, dem „Vaterchen“ in Petersburg sein schönes Sibirien abzukaufen.

Die unmittelbaren Befugnisse des souveränen demokratischen Volks sind erledigt. Es fragt sich nun: Was bleibt übrig für die Volksvertretung, deren Wahl die erste jener Befugnisse war? Sie wird nur ein einziges Mal im ganzen Programm genannt, in Absatz 3 unseres Abschnittes:

Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Und selbst diese einzige Funktion hat sich die gute Volksvertretung mühsam erringen müssen. Man hat in Erfurt (Prot. S. 349), entgegen dem Entwurf des Partivorstandes, „gewünscht und von den verschiedensten Seiten beantragt zu sagen:

direkt durch das Volk". Liebknecht aber trat dem eiter-gisch entgegen und rief: „Emanzipieren wir uns von der Phrase und brüden wir unsere Forderung so aus, daß sie auch Hand und Fuß hat!“

Sa, wenn dieser Gesichtspunkt bei den übrigen Forderungen auch in Vorschlag gebracht und bei der vorliegenden wirklich in Anwendung gekommen wäre!

Wird nun aber der Volksvertretung diese einzige Funktion überhaupt ernsthaft zugewiesen? Der nächste Satz des Programms lautet:

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Da bleiben denn für die arme Volksvertretung also nur die nationalen Streitigkeiten, und selbst wenn das be-zühlte „zunächst“ hier einmal ganz besonders weitherzig ge-nommen werden soll, muß man sich doch wundern, daß der socialdemokratische Nebergangstaat sich für diese eine und ein-zige Funktion den Sport einer unständlich gewählten Volks-vertretung überhaupt leisten will.

Mindestens wird dadurch bezeugt, daß man für diesen Staat die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit eines Krieges innerhalb der Nation selbst annimmt. Und wie sollte es anders sein! Der Particularismus würde die schönsten Früchte zeitigen, da er ja schon jetzt, in der Partei, so üppig blüht. Zum Beweise genügt ein Blick auf die Verhandlungen in Halle (Prot. S. 249—253). Der Antrag des Kreises Elbing-Marienburg, den Sitz der Parteileitung von Berlin nach Danzig zu verlegen, erzielte zwar nur einen Heiterkeitserfolg; aber nach seiner fröhlichen Ablehnung sprach in seinem Geist eine ganze Anzahl Delegierter, als es sich, fogleich darauf, um die Wahl der Parteileitung handelte. Die von der Com-mission für den Vorstand vorgeschlagenen Herren wohnten säumlich und von den vorgeschlagenen „Controlloureuren“ zwei in Berlin, die übrigen fünf in Frankfurt a. O., Hamburg, Brandenburg, Stettin und Dresden. Aber „Lieb Vaterland“ wollte größer sein. Joest (Mainz) trat mit Gegenvorschlägen für den Süden und Westen Deutschlands ein; Prinz (Frank-furt a. M.) wies mit gerechter Enttäuschung das Gelächter zurück, das diesen Antrag begrüßt hatte; die Hannoveraner beschwerten sich gleichfalls, es habe „für die Commission nur Berlin und Umgegend existirt, das übrige Deutschland nicht“, auch Hannover müsse in der Parteileitung vertreten sein, und großmütig vermisste man von dort aus „ganz Rheinland und Westfalen“; Lutz (Baden) endlich rief „Man will eine Main-

linie gewissermaßen zwischen uns wieder aufrichten“. Diese Neuerungen eines entschiedenen Particularismus vermag die endliche Wahl der von der Commission vorgeschlagenen Liste durch das Plenum ebenso wenig aus der Welt zu schaffen, wie er verschwinden würde mit der Aufrichtung eines socialdemokra-tischen Staates. Vielmehr müßte sie in der Partei so stark hervortretende Abneigung gegen eine strenge Centralisation der leitenden Kräfte zur schroffsten Bekämpfung der staatlichen Landesteile untereinander führen, wenn es sich darum handelte, die Gesellschaft der gleichberechtigten Genossen an Stelle des gegenwärtigen Staates wirklich in's Leben zu rufen und am Leben zu halten. Mit „Abstimmen“ wäre es dann nicht getan, und was für gewaltige Mittel müßte die Volksvertretung besitzen, um ihre „Entscheidung über Krieg und Frieden“ auch durchzuführen!

Und ferner, würde wirklich die sozialistische Welt ein solcher Ausdruck der höchsten Wohlfahrt und allseitigen Har-monie sein, wie das Programm verkündet? Die bösen Vont-geois oder ihre Nachkommen würden sich doch wohl baldigst auflehnen gegen ihre Besieger und eine Reaction in's Leben rufen, gegen die der feierlichste Beschuß der Volksvertretung von rührender Wirkungslosigkeit bleiben müßte, tage sie nun in Danzig oder Berlin.

Doch hat uns dieses schon hinübergeleitet zu dem Abschnitt

II. Das Heerwesen.

Hierüber heißt es im Programme:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle bestehenden Heeres.

Das „eine Miliz, ohne stehendes Heer, die beste Bürg-schaft des Friedens“ sei, hat Liebknecht in Halle (Prot. S. 172) als den innersten Grundgedanken dieser Forderung ausgesprochen; denn „die Völker wollen den Frieden“, und wenn die Völker selbst die Heere bilden, kann keine Regierung sie zu An-griffs- oder Eroberungskriegen wider ihren Willen nötigen. Das klingt bestechend, aber die Pauke hat nicht nur ein Loch, sondern zwei. Denn nicht alle Völker, in deren Nachbarschaft wir leben, wollen den Frieden; und zweitens nötigen die Regierungen nicht zu Angriffskriegen, sondern die nahebar-lichen und nationalen Gegensätze reiben sich beständig an-einander, daß über kurz oder lang das Feuer des Krieges herauszuschlagen droht. Diese Reibung zu mindern und wo-möglich aufzuheben sind die Regierungen der mitteleuropäi-

schen Staaten redlich bemüht, sie wollen den Krieg ebenso wenig wie ihre Völker. Aber sie wissen, daß mit der allgemeinen Menschheits- und Internationalitätsabsicht die nationalen Gegensätze, das Erbeil einer nun einmal geschehenen Geschichte, ebenso wenig aus der Welt zu schaffen sind wie der Jahrtausende alte Druck des Ostens auf den Westen. Nicht um sich zu schützen, noch um ihre Völker zum Kriege zu nötigen, sondern um ihnen den Frieden zu sichern, sind daher diese Regierungen gezwungen, stehende Heere in solchem Umfang bereit zu halten, daß die Nachbarn zur Rechten und Linken mit ihren stehenden Heeren keinen Angriffskrieg wagen und daß sie zurückgeworfen werden können, wenn sie es dennoch wagen sollten.

Den völligen Ruin unseres Volks würde es also bedeuten, wenn wir jetzt, über „zunächst“, den klugen Rat des socialdemokratischen Programms befolgen und unser stehendes Heer in ein „Volksheer“ umwandeln wollten. Dem partei-amtlichen „Vorwärts“ wäre freilich gerade diese Wirkung recht, denn er rief noch vor kurzem, am 6. December 1891, triumphirend aus: „Der nächste Krieg ist ein Weltkrieg; was er bringt, das ist der Ruin der Völker, die ihn führen. Auf den Trümmern der bürgerlichen Welt wird die Arbeiterklasse im Dienste der Menschheit ihre weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen.“

Ueberraschend sind ja solche Neuerungen durchaus nicht. Schon 21 Jahre zuvor, am 9. December 1870, erklärte Liebknecht im Reichstage des Norddeutschen Bundes, angesichts der auf ihn wirkungslosen Morgentöthe des neuen deutschen Reichs: „Das was in unserer Macht liegt wird wird geschehen, um dieses Reich zu belämmern, wir erfüllen blos unsere Pflicht, indem wir ihm den Krieg erklären.“ Mit welcher Consequenz und Entbitterung dieser Angriffskrieg seitens der socialdemokratischen Partei geführt ist, wissen Sie, meine Herren, und der Erfolg ist leider nicht zu läugnen.

Ueberraschend könnten höchstens die Worte scheinen, mit denen Liebknecht, derselbe Liebknecht, in Erfurt (Prot. S. 349) seine Begründung des vorliegenden Programmsakes schloß: „Genug, ich wollte blos andeuten, daß die Verwirklichung unserer Forderung die nationale Wehrhaftigkeit nicht mindern, sondern im Gegentheil die Kraft zur Vertheidigung stärken würde.“ Das in diesen Worten kein Andenken ehrlicher Überzeugung steht, bedarf nach dem Vorhergesagten keines Beweis. Liebknecht als Förderer der nationalen Wehrhaftigkeit und Kraft, derselbe und immer derselbe Liebknecht, der am

15. Januar 1886 im Reichstag erklärte: „Ich nenne das nationale Prinzip ein Phantom, erfunden von Schwindlern, um Narren an der Nase herumzuführen!“

Oder ist etwa die „Arbeiterfreundlichkeit“ im Herzen der Socialdemokraten so mächtig geworden, daß diese eine solche Umkehr zur Begeisterung für die nationale Kraft entschuldigte? hat Liebe sie trunken gemacht wie schon so manchen Schwärmer? Ich kann zu meiner aufrichtigen Freude an die Ehe zwischen der Socialdemokratie und dem Arbeiterstande noch immer nicht glauben, und ich meine: gerade auch die Forderung „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ müßte einer von den vielen Scheidungsgründen sein.

Freilich, die bittere Notwendigkeit der stehenden Heere kostet schweres Geld, und nach Ansicht der Socialdemokraten müssen die Arbeiter es bezahlen, damit die Bourgeoisie blanke Knöpfe tragen und Seft ausknobeln können, — aber so ganz gratis wäre doch wohl auch eine Volkswehr nicht, vorausgesetzt, daß man darunter keine bloße Knäppelgarde versteht. Billiger würde sie allerdings in jedem Falle sein, auch wenn sie sich Kanonen und Kriegsschiffe leistete, da ja deren „einfache“ und „spielerische“ Bedienung schon einen Teil der Jugenderziehung ausmachte.

Aber an Stelle des geringen Beitrags, der auf den einzelnen Arbeiter zur Unterhaltung des stehenden Heeres entfällt, trate dann eine andere Last, die ihn nicht nur drücken würde, sondern erdrücken. Denn eine halbe Million Männer, die durch das stehende Heer jeweils der Concurrenz der Arbeitskräfte entzogen wird, und eine zweite halbe Million, die von der militärischen Riesenindustrie lebt, — eine ganze Million also wird die „die Armee der überschüssigen Arbeiter“ vermehren, deren Anschwellen doch stets den Arbeitern vorgerechnet wird als eine Haupt- und Erzschuld der bürgerlichen Gesellschaft. Ja, wenn die Militärverwaltung genötigt ist, in Folge der ihr gezogenen finanziellen Schranken aus einer Gewehrfabrik oder einer anderen Werkstatt für militärische Zwecke ein Hundert Arbeiter zu entlassen, dann wird Zeter und Mordio geschrieen, — aber eine Million, das ist „arbeiterfreundlich“, denn eine Million sind zehntausend Hunderter!

Neuerdings, meine Herren, sind wieder die Soldatenmishandlungen besonders beliebt in der socialdemokratischen Agitation gegen den „Militarismus“. Mehrere amtliche Actenfälle, die mit der Aufälligkeit außerirdischer Meteore in die Redaktion des „Vorwärts“ fielen, lieferten für den kapitalistisch beschränkten Verstand den Beweis, daß die obersten Militär-

behörden in der Ausrottung der unlängst vorhandenen Rohheit ihre Pflicht erkennen und sie mit allem Nachdruck verfolgen. Ein anderer Beweis ergab sich daraus für den socialistisch unbeschränkten Verstand, nämlich der: im System der stehenden Heere sind solche Nohheiten unvermeidlich und unverminderlich,— also fort mit diesem System!

Denn, so führte ein bezüglicher Hauptartikel des „Vorwärts“ am 11. Februar aus: Diese Mißhandlungen seien „ausnahmslos“ statt bei der Drillung der Recruten, und zwar deswegen, weil diese sich meistens sehr ungeschickt zeigen. Uneschick aber sind sie, „weil sie mit 21 Jahren Dinge lernen müssen, die sie 10 oder 6 Jahre früher spielernd gelernt hätten.“ Im System der Volkswehr hingegen bildet die Wehrhaftigkeit einen Teil der Jugenderziehung, und damit, so heißt es weiter, „fällt die Ursache oder der Anlaß zu Soldatenquiderien weg. Und mit der Ursache hört logischer Weise auch die Wirkung auf.“

Meine Herren, wir kennen die „Logik“ der Socialdemokratie schon hinlänglich und wissen als ihre besondere Eigenschaft zu schämen, daß sie an einem beliebigen Punkte plötzlich abschnappt. Hat denn diese ganze Darlegung mit dem System irgend etwas zu tun? Absolut garnichts. Denn eine Erziehung der Jugend zu körperlicher Kraft und Gewandtheit ist ebenso möglich bei dem System des stehenden Heeres wie bei dem der Volkswehr, und daß diese Möglichkeit zur Wirklichkeit werde, dafür lassen Sie uns eintreten mit aller Entschiedenheit! Wenn dadurch die Soldatenmißhandlungen verminderd oder, wie es der „Vorwärts“ erwartet, gar unmöglich gemacht werden, so soll uns das willkommen sein als eine segensreiche Folge. Aber ich glaube: eine Verbesserung der körperlichen Erziehung wird unsere Jugend nicht nur für den Kampf stärken, sondern auch für die Aufgaben des Friedens.

Der weiteren Organisation des Unterrichtes ist im socialdemokratischen Programm ein besonderer Absatz (7) gewidmet, den ich mit zwei anderen (8 und 9) zusammenfasse in Abschnitt

III. Das Schul-, Rechts- und Sanitätswesen.

Die bezüglichen drei Absätze lauten:

Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Versorgung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für dieselben Schüler und Schülerinnen, die nach ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen.

Gutschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

Einen Teil dieser Forderungen mußte ich schon in anderem Zusammenhange berühren — Weltlichkeit der Schule (S. 31), Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter (S. 29 u. 41) — und komme auf die erste noch im Abschnitt V zurück. Der Inhalt der Worte „Berufung . . . Verurtheilter“ ist erst vor kurzem so eingehend im Reichstag verhandelt und, gleichwie die letzte Forderung des zweiten Absatzes, innerhalb dieses Zusammenhanges von so untergeordneter Bedeutung, daß ich hier darüber hinweggehen kann. Das entscheidend Wichtige ist die allen drei Absätzen gemeinsame Unentgeltlichkeitsforderung.

Die socialdemokratische Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen geht dahin: daß es den Unbemittelten zu schwer oder unmöglich sei, Bildung, rechtliche und ärztliche Hilfe zu finden, da er die Kosten nicht aufzubringen vermag; in vielen Fällen verzichte er daher überhaupt auf den Versuch, rechtliche und besonders ärztliche Hilfe zu erhalten, da er lieber zu Grunde gehe oder Unrecht erleide, als daß er Schutz und Hilfe auf dem Wege des Armenrechts und der Armenpflege suche.

Die Richtigkeit dieser Darstellung, aus der ich die seitens der Socialdemokratie beliebten Uebertreibungen (vgl. z. B. Prot. Halle S. 173 f.) ausgeschaltet habe, muß ein jeder anerkennen, der selbst zu den Unbemittelten gehört oder an den Erfahrungen Unbemittelter nicht fühllos vorbeiblinzelt. Gerade dieser Heerd des ewig glimmenden Feuers der Unzufriedenheit ist eine von den Stätten, an denen „Wasser-eimer“ besser angebracht sind als „Blasenbälge“. Wer mit pathetischen Reden den Brand ausläugnen möchte, der facht das Feuer nur an. Und wer andererseits Petroleum hineigiebt statt löschen den Wassers, der macht es erst recht schlimm. Das aber tut die Socialdemokratie.

Um den Übeln auf den in Frage stehenden Gebieten abzuheben, fordert sie volle Unentgeltlichkeit aller Leistungen und macht nur im Schulwesen eine Ausnahme: Unentgeltlichen Unterricht auf den höheren Bildungsanstalten sollen nur diejenigen Schüler und Schülerinnen genießen, die nach ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden, — zur weiteren, d. h. über die von allen Kindern obligatorisch zu besuchende Volksschule hinaus.

Neben diesen Punkt, meine Herren, muß ich vorweg

einiges bemerken. Die tief beklagenswerte Verschärfung der Klassengegensätze, an denen die neueste Zeit leidet, ist wesentlich gefördert worden durch die Entwicklung unseres Erziehungs- und Schulwesens. Reich und Arm, Vornehm und "Gering" werden schon vom zartesten Kindesalter an gewöhnt, Standesschiede zu beobachten und in der durch die Geburt ihnen zugewiesenen "Stellung" Schranken zu sehen, die es — für Reich und Vornehm — sorgsam zu verteidigen oder — für Arm und Gering — zu durchbrechen gilt. Die freilich „reactionäre“ Einführung eines gemeinsamen Unterbaues für alle Schulen, ohne andere Scheidung als die der Geschlechter, ist das einzige Mittel, dieses Grundübel der Standesscheidung, der inneren Fremdheit des Volks, der gegenseitigen Nichtachtung, an der Wurzel zu packen. Es fiele dem Arbeiter nicht ein darüber zu grossen, daß er Arbeiter ist, wenn ihn nicht das erbitterte und sein Rechtsbewußtsein verwirre, daß Untermenschen, die nicht aus Arbeiterfamilien stammen, ihn als einen Menschen nicht nur einer anderen Klasse sondern „zweiter Klasse“ ansehen. In der Theorie freilich bekennen sich zu dieser Ansicht nur Wenige, aber Viele in der Praxis, für sich selbst wie für ihre Kinder. Und es brauchten nicht einmal die Vielen zu sein, die es sind, — denn eine derartige Kränkung, eine bittere Stunde dieser Empfindung macht den Gefränkten misstrauisch gegen Hunderte, und es braucht von den Hunderten nur ein Anderer die Kränkung zu wiederholen, dann schwollt der Hass empor gegen Tausende, und der Hass steckt an. Wer da zetert und leistet gegen die Unbescheidenheit der Arbeiter, der lege einmal die Hand auf's Herz und frage sich redlich, wie viele er selber zu Sozialdemokraten geziichtet hat dadurch, daß er ein Mensch höherer Art zu scheinen suchte als Jene, die nicht den Vorteil hatten, unter günstigen Bedingungen geboren zu werden. Es ist ja keineswegs nur die unmittelbare Härte des Auftretens, die verbitternd wirkt, sondern in noch höherem Grade tut das die Art, wie sich die durch Geburt, Reichtum oder Kenntnisse Begünstigten abschliessen und sich unter einander gebahren als Übermenschen. Wer da verkennt, daß die sociale Frage im letzten Grund eine sittliche ist, der verkennt, daß alle gesunden Verhältnisse von Menschen zu Menschen ihre Wurzel haben in ihrem sittlichen Verhalten zu einander.

Und warum, meine Herren, dieses in diesem Zusammenhang? gilt das nicht für's Ganze? Gewiß! aber die Erziehung in Schule und Haus, das ist der Boden, auf

dem die sociale Frage als eine sittliche gelöst werden muß, ehe sie mit entscheidendem, vollem Erfolg gelöst werden kann als eine wirtschaftliche. Die Ungleichheit der Bedingungen, unter denen die Menschen in's Leben treten, kann nicht beseitigt werden, — diesen Gefallen kann die Wirklichkeit niemals der sozialistischen Theorie erweisen. Denn die Ungleichheit der Kräfte und Bedingungen ist das Grundgesetz allen Lebens und Strebens der gesamten organischen Natur, und der Mensch ist nicht die Krone auf dem Haupt dieses Gesamt-körpers, sondern selber das Haupt: — Daher ist er den Gesetzen untertan, nach denen diese Gesamtheit lebt. Aufheben kann er sie nicht, aber er kann sie erkennen und anwenden zu seinem Besten vermöge seines Geistes, er kann sie lindern und veredeln durch seine Sittlichkeit.

Es bedarf keines Sprunges, um von diesen allgemeinen Gedanken zurückzukehren zu dem nur scheinbar nüchtern praktischen, von dem ich ausging. Denn wenn wir darnach streben, innerhalb der uns beherrschenden Naturgesetze unsere gesellschaftliche Organisation zu vervollkommen, so können wir uns nicht verhehlen: Das Ideal einer solchen ist diejenige, welche die besonderen Fähigkeiten und Anlagen eines jeden Gliedes zur möglichsten Entfaltung zu bringen vermag. Und wenn wir fragen, was auf dem Weg zu diesem Ideal schon jetzt praktisch erstrebt werden muß, so gehört dazu doch vor allem: daß die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten mehr und mehr losgelöst wird von den materiellen Bedingungen, unter denen der einzelne Mensch eintritt in die Gesellschaft der Lebenden.

Im Nebriegen aber, meine Herren, muß ich heute verzichten auf eine Erörterung der vielen Fragen, die sich an die vorliegende Gruppe sozialdemokratischer Forderungen anschließen, und muß mich beschränken auf die eine: Wie ein gerechter und besonders für die ärmeren Volksschichten wohltätiger Gesamtzustand durch Verwirklichung dieser Forderungen erreicht werden, obet ein ungerechter, nicht wohltätiger?

Gegenwärtig greifen auf diesen drei Gebieten des öffentlichen Lebens, also dem Schul-, Rechts- und Sanitätswesen, staatliche Institutionen ineinander mit örtlichen und privaten. Statt dessen fordert nun das sozialdemokratische Programm nicht etwa deren völlige Verstaatlichung in dem Sinne, daß der Staat alleiniger Unternehmer auf diesen Gebieten werde, sondern: Der Staat soll sämtliche Leistungen auf diesen Gebieten nicht aus solchen Einnahmen bestreiten, die er auf denselben Gebieten zu machen hätte, — vielmehr soll er auf

ihnen überhaupt keine Einnahmen haben, sondern nur Ausgaben, und diese soll er bestreiten aus anderweitigen Einnahmen.

An und für sich, rein theoretisch, ließe sich allerdings nicht einsehen, warum Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Privatlehrer nicht ebensogut Staatsbeamte werden könnten wie diejenigen, die es schon sind. Es ließe sich dann, beispielsweise im Sanitätswesen, der Vorschlag des Düsseldorfer Arztes Dr. Schallmayer in Erwägung ziehen, der kürzlich für die Verstaatlichung des ganzen Sanitätswesens eingetreten ist.*.) Diesem zufolge wäre das Honorar für die staatsärztliche Behandlung behördlicherseits zu berechnen „im Verhältnis zur Beanspruchung des Arztes und zur Steuerfähigkeit des Patienten.“

Das hierin ausgedrückte Prinzip ließe sich übertragen auf das Rechts- und Schulwesen. In der Tat könnten auf diese Art die Ansprüchen und Bedürfnisse eines jeden erfüllt werden, ohne daß seine individuelle Vermögenslage ihm Hemmung bereitete: Bildung, Recht und Heilung wären zugänglich für Arm und Reich. Seiner individuellen Vermögenslage entsprechend würde ein jeder nur in dem Maß zu den Kosten vertragen, als er für seine Person Ansprüche geltend mache, und einem Übermaß der Ansprüche wäre vorgebeugt eben durch die Kosten, die nach der Höhe des Anspruchs und im Verhältnis zur Vermögenslage bemessen würden.

Daß die Einführung und Durchführung solcher Einrichtungen sehr großen Schwierigkeiten und vielsachem Interessenwiderstand begegnen würde, bezweifle ich nicht. Aber ich bezweifle ebensowenig, daß sie der ernstesten Erwägung würdig sind, und daß ihnen, soweit sie möglich erfunden werden, zugestrebten muß, weil sie gerecht sind.

Ein solcher gerechter Zustand würde aber nicht erreicht durch die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung. Denn ihr zufolge sollen die ungeheuren Ausgaben, welche dem Staat durch unentgeltliche Gewährung aller dieser Bildungs-, Rechts- und Heilungsmittel erwachsen würden, von der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, aus den allgemeinen Staateinnahmen bestritten werden ohne Rücksicht auf die Ansprüche, die der Einzelne für seine Person an solche staatlichen Leistungen mache. Und um einzusehen, daß dieses grobe Mißverhältnis zu Ungunsten der minder- und unbemittelten

*) „Über die hochste überliche Gattung der Kulturmenschheit und die Verstaatlichung des ärztlichen Standes.“ Berlin und New York, Henner's Verlag 1891.

auszuschlagen müßte, braucht man nicht einmal ein Bourgeois zu sein.

Denn als der Entwurf des Gothaer Programms unentgeltliche Rechtspflege und (damals „in allen Bildungsanstalten“ und für Alle, nicht nur für alle besonders Befähigten) unentgeltlichen Unterricht forderte, — da donnerte Carl Marx: unentgeltlicher Unterricht auf den höheren Bildungsanstalten heiße faktisch nur „den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Staatsäckel bestreiten“ und dasselbe gelse von der unentgeltlichen Rechtspflege, denn „die Criminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Civiljustiz dreht sich fast nur um Eigentumsconflicte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volksäckels ihre Processe führen?“

Aber trotz dieser gründlichen Abföhrung, trotz der offen zugestanden Einsicht in die Richtigkeit dieser Kritik haben die Programmiedie in Gotha und Erfurt diese Forderungen keineswegs fallen lassen. In Halle fühlte sich Liebknecht noch nicht verpflichtet, diese Ansicht des verstorbenen Parteigottes zu erwähnen, dort, 1890, erklärte er die Forderungen nach Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Unterrichts in allen Bildungsanstalten einfach für „selbstverständlich“. In Erfurt konnte er so einfach nicht verfahren. Denn inzwischen hatte ja Engels (s. oben S. 39) diese seit dem Jahre 1875 von Liebknecht vor der Partei und sogar vor seinem Freund Bebel verheimlichte Kritik des Carl Marx veröffentlicht. Aber „einfach“ genug machte sich Liebknecht die Sache doch auch in Erfurt. Innerhalb derselben großen Programmiedie bekannte er zunächst, jene gesammte theoretische Kritik von Marx sei „richtig bis auf den letzten Buchstaben“ (S. 326); dann begründete er die oben dargelegte neuere Einschränkung der für das Schulwesen geforderten Unentgeltlichkeit ausdrücklich als auf jener Kritik von Marx beruhend (S. 352); aber damit war der Wahrtgeist Genüge geschehen, — jetzt verschwand der Name „Marx“ samt seiner Kritik in der Versenkung, und Liebknecht fuhr fort (S. 353): „Was nun insbesondere die Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes und der Rechtshilfe anbelangt, so sind hiergegen ja allerhand (!) praktische Bedenken erhoben worden. Aber wir haben uns gesagt, bei einer Vereinfachung des Rechtsweges lassen sich sehr wohl Formen finden, in welchen unsere Forderung ausgeführt werden kann, und nicht unsere Sache ist es, hier Einzelheiten festzustellen, sondern das ist Sache des Gegebers“.

Als ob durch Feststellung von Einzelheiten und eine Ver-

einfachung des Rechtsweges der überzeugende und „bis auf den letzten Buchstaben richtige“ Einwand von Marx irgendwie wirklich gehoben werden könnte! Man erkennt an solchen Punkten so recht: das triumphirende Wort „Die Socialdemokratie ist mit geistigen Waffen nicht zu besiegen“, dieses Wort, dessen sich vor allen Anderen Paul Singer angenommen hat, einer der reichsten Geister der Partei, — es ist nur eine Variation des Schillerschen „Von der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“. Nicht daß ich die hochgemuteten Führer der Partei selbst der Dummheit beschuldigen wollte, — im Gegenteil, wären sie dumm, dann wären sie zu entschuldigen —, aber in ihrer Schläue rechnen sie mit der Dummheit mehr als mit irgend einer andren menschlichen Eigenschaft, und darum nennen sie die Partei unbesiegbar. Sie wissen ganz gut: wenn sie ihre Fanggrube nur recht dicht verdecken mit ihren dünnen, zerbrechlichen Phrasen, dann fallen die, auf die sie rechnen, doch hinein; und wer einmal drin sitzt in der Grube, der darf überhaupt nicht mehr heraussehen, das Dach muß immer hübsch dicht gehalten werden.

Was kümmert es denn auch die Socialdemokratie, ob die Massen, die sie für ihre ferneren Ziele gewinnen will, das entschiedenste Interesse haben, sich gegen die „zunächst“ verheissenen Einrichtungen mit Händen und Füßen zu wehren? Wenn sie es nur nicht merken, daß alle die bunten Bilder, mit denen die roteude von außen behängt ist, nichts sind als marktschreierische Lockmittel! daß man��artige Dinge, wie die draußen dargestellten, drinnen garnicht zu sehen kriegt, — trotz all der besten Versicherungen, hier sei alles echt und feinerlei Schwindel! Alles wird zum Schwindel im Munde dieser Demagogen, selbst das Echte dient ihnen nur, um dem Schwindel Glanz zu verleihen.

Da darf natürlich „Unentgeltlichkeit“ nicht fehlen, denn „gratis und franco“, das zieht gewiß. Dassemand dennoch die Kosten tragen muß, und daß dieseremand die Rundschau selber ist, das braucht man dem lieben Publicum ja nicht gerade zu sagen, — das könnte dem Geschäftsinnteresse schaden.

In höflichster Form — des bin ich gewiß —, ja sogar mit einer Art freundlichen Mitleids wird man mit nun zweifelsohne von socialdemokratischer Seite entgegnen: „Die ganze Deduction ist grundsätzlich, weil sie den kapitalistischen Staat zur Voraussetzung hat, über den sich ja nur einmal die bleiernen Bourgeois gebanken nie und nimmer erheben können; und daher ist auch die Folgerung falsch, daß die geforderte Unentgeltlichkeit zum Nachteil der Kinder- und Unbemittelten ausfallen müsse.“

Aber ich bitte, — ebenso höflich, doch mitleidsslos, — hat denn dieser Teil des socialdemokratischen Programms, haben denn die Forderungen für „zunächst“ nicht ganz dieselbe Voraussetzung? Aber wird hier wirklich schon der socialistische Staat vorausgesetzt? Wenn das der Fall sein soll in den zuletzt besprochenen Gruppen, die von den Staatsausgaben handeln, so muß es doch wol auch der Fall sein in denjenigen Forderungsgruppe, die von den Staatsentnahmen handelt. Wir betrachten sie unter Abschnitt

IV. Der Staatshaushalt.

Da lesen wir in Absatz 10 des Programms:

Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bezahlung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbststeinschüpfungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Ich denke: deutlicher läßt sich das Einnahmentwesen eines kapitalistischen Staates garnicht ausdrücken, als es hier geschieht. Denn „stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer“ und eine „Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts“, — das ist doch nur möglich in einem kapitalistischen Staat, der auf dem Privateigentum und dessen ungleicher Verteilung beruht. Hier muß selbst die mephistophelische Hinterlure „zunächst“ ihren Dienst versagen, denn eine solche Dehnbarkeit dieses Begriffes ist absolut ausgeschlossen, daß er die entscheidenden Gegensätze der kapitalistischen und der socialistischen Gesellschaft in sich vereinigen könnte.

In der Tat, wenn die „herrschenden Klassen“ derartig nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht wären, wie die Socialdemokratie behauptet, — sie könnten garnicht hinterlistigeres tun, als die drei Unentgeltlichkeitsforderungen des roten Programms auf die ihrigen übertragen und sie kraft ihrer zehnfachen Majorität im Reichstage verwirklichen. Denn dann könnten sie, die Reichen und Besitzenden, auf Mitkosten der Minder- und Unbemittelten ihre höheren und zum Teil ausschließlichen Ansprüche so recht nach der Lust ihrer profit-süchtigen Herzen befriedigen.

Das fällt ihnen aber garnicht ein, und zwar deshalb nicht, weil sie, im Gegensatz zu den Socialisten aller Schattirungen, als Grundgesetz alles öffentlichen und privaten Lebens dieses anerkennen: Leistungen und Ansprüche müssen sich

wechselseitig bestimmten. Wer etwas haben will, muß etwas dafür leisten; und wer etwas leistet, muß etwas dafür haben. Dieses „etwas“ ruht aber nicht im Belieben des Einzelnen, sondern es wird bestimmt durch das wechselseitige Verhältnis von Anspruch und Leistung.

Dass dieses Grundgesetz tatsächlich heute noch keineswegs erfüllt wird, ist ebensoviel zu klagen, wie das Streben des modernen Staates nach seiner Erfüllung. Er wird auf dem energisch beschrittenen Wege der progressiven Besteuerung energetisch forschreiten; aber er wird niemals zugeben, daß aus den hierdurch erzielten Einnahmen, zu denen in bescheidenem Maße doch auch die Arbeiter beitragen müssen, solche Ausgaben bestritten werden, von denen die Arbeiter keinen oder nur einen unverhältnismäßig geringen Vorteil haben.

Das gegenwärtige Steuersystem, meine Herren, ist nicht sowol eine organische Verbindung als ein Nebeneinander des directen und indirecten. Um die großen, steigenden Staatslasten zu decken, die besonders der politische Zustand Mitteleuropas uns auferlegte, hat die Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte sich genötigt gesesehen, das Steuerwesen mehr aus dem Gesichtspunkt der technisch leichteren Durchführbarkeit und des finanziellen Erfolges als aus dem der theoretisch keineswegs verkannten Gerechtigkeitsforderungen zu gestalten. Vielleicht besitzt eine fernere Zukunft von ihrer höheren Warte aus einen ruhigeren Blick zur Beurteilung dieser Notwendigkeit als die unmittelbar betroffenen Generationen, die besonders durch die indirecte Besteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel heftig erregt worden sind. Wenn sie dann aber dennoch ihr „schuldig“ spricht über unsere nächste Vergangenheit, so mag sie sorgfältig unterscheiden zwischen dem Anteil der Regierungen an dieser Schuld und demjenigen, den das egoistische Privatinteresse dadurch auf sich geladen, daß es die Regierungen nötigte, das fiscalische Prinzip über das der reinen Gerechtigkeit zu stellen. Und ferner mag jene Zukunft nicht verkennen, daß unsere Gegenwart ehrlich und hoffentlich auch erfolgreich bemüht gewesen, im Sinne der Gerechtigkeit das Steuerwesen umzugestalten. Miquels Finanzreform in Preußen hat den ersten großen Schritt getan, — möge er nicht genötigt werden, sein schönes Werk als ein Fragment Anderen zu hinterlassen! Und möge andererseits das freudige Streben zu selbstloser Mitwirkung alle Kreise des Volkes durchdringen, mehr, weit mehr als bisher. Wer keinen Gefallen daran findet, seinen Anteil an den Pflichten für's Vaterland voll und freudig zu erfüllen, wer sich nicht überwinden kann, sein Privatleben im

Interesse der Gesamtheit einzuschränken, — diese sind es, auf die das Kaiserwort paßt, daß sie den Staub von ihren Pantoffeln schütteln möchten! Das Vaterland verliert nichts an ihnen und wird ihrem Geldsack keine Thräne nachweinen. Freilich, dieser idealistische Standpunkt hat sein Bedenkliches: eine sehr fühlbare Minderung des Nationalvermögens würde die Folge sein. Die Regierungen sind daher genötigt, mit Bedacht vorzugehen, — die Entschädigungsforderungen der Reichsunmittelbaren und vereinzelter Auswanderung bürgerlicher Großkapitalisten aus Preußen sind wortende Symptome!

Zeigt sich doch auch hier wieder, auf dem allermateriellsten Gebiete, daß die sociale Frage im Grunde eine sittliche ist. Und was für unsittliche Zustände gerade hier noch zu überwinden sind in unserer Gegenwart, das wird fünfzigen Generationen — wir wollen es wenigstens hoffen — unschätzbar erscheinen. Ist es denn nicht in ganz gleichem Maß unsittlich, verbrecherisch und strafbar, wenn ich dem Staat, dem Vertreter der Gesamtheit, einen Teil dessen vorenthalte, das ich ihm nach dem Gesetz schuldig bin, als wenn ich einem Einzelnen verkürze was er von mir zu fordern berechtigt ist? Und hat nicht gerade die kürzlich vollzogene erste Selbststeinschätzung in Preußen gezeigt, wie wenig man sich früher verpflichtet fühlte, gegen eine zu niedrige Einschätzung Einspruch zu erheben? Freilich, ein „Gesetz“ verlangte das nicht, aber es gibt eben höhere Gesetze als die in Paragraphen geschriebenen. Das Bewußtsein dieser höheren, sittlichen Gesetze jedoch ist nicht in dem Maße Gemeingut der Nation, als der Bildungsgrad unserer Zeit sollte erwarten lassen. Ausgaben, die nur dem eigenen Vergnügen und Wohlleben dienen, werden getan und ohne Bedenken täglich und ständig getragen, — Steuern aber, die dem Wohl der Gesamtheit dienen sollen, werden widerwillig, zaudern und seufzend geleistet, und wenn der Seufzer auch manchmal humoristisch klingen mag, so verbirgt sich hinter dem „Humor“ doch zumeist nur eine bellagenswerte Unreife des Urteils und des Pflichtbewußtseins. Pessimismus aber wäre auch hier sibel angebracht: Je gerechter die Steuerverteilung wird, desto williger wird die Steuerleistung geschehen. Wir müssen und dürfen hoffen, daß die in Angriff genommene Reform mit sicherem, städtigem Schritte dem Ziele zustreben und daß die Bereitwilligkeit in Volk und Volksvertretung wachsen wird mit jedem Schritt. Denn die Erkenntnis muß siegen, daß im Wohl der Gesamtheit das Wohl des Einzelnen begründet ist, daß es mit diesem fällt und steigt. Wir dürfen uns andererseits der Einfluß nicht verschließen,

meine Herren, daß jene in Angriff genommene Reform eine Riesenarbeit ist, deren Erfolg nicht nur von der Bereitwilligkeit des einen, der vertrauenden Geduld des anderen Teils der Bevölkerung abhängt, sondern auch von der Lösung ungeheuer schwieriger praktischer Einzelsachen. Die Zurückführung möglichster Individualisierung und Casuistik, — d. h. der möglichsten Berücksichtigung eines jeden Einzelfalles, — auf möglichst einfache und übersichtliche Gruppenverhältnisse ist eine Aufgabe, die der Quadratur des Kreises nahe zu kommen scheint. Aber ich meine: das directe, progressive Steuersystem bedarf nur weniger Unterguppen des Einkommens (Munter-, Arbeits- und gemischtes Einkommen), sodann einer Berücksichtigung der auf ein jedes Einkommen angewiesenen Anzahl von Individuen und ihres Alters, während hinsichtlich der „Abzüge“ aller Art möglichste Beschränkung geboten erscheint, insfern sie stattfinden für Ausgaben, von denen künftige Mehreinnahmen erwartet werden.

Die rechtphilosophische Begründung eines solchen anzustrebenden Steuersystems möchte ich in folgende Sätze zusammenfassen: Je größer der individuelle Anteil am Nationalvermögen, desto größer und zugleich desto complicerter sind die Ansprüche, die der individuelle Anteilhaber an den Staat stellt als an die Macht, welche seinen Anteil am Nationalvermögen schützt und garantiert und seine darauf begründeten Unternehmungen fördert; denn nicht nur in der Abwendung von Schäden besteht der Rechtschutz des Staates, sondern in höherem Grade in der positiven Aufgabe, öffentliche Einrichtungen und Zustände zu schaffen und zu erhalten, auf Grund und innerhalb welcher ein jeder Staatsangehörige seinen Anteil am Nationalvermögen zu seinem Besten und dadurch zum Besten der Gesamtheit, ohne Benachteiligung Anderer, fruchtbar machen kann.

Eine übersichtlich klare und gerechte Ausgestaltung und Ausdehnung eines auf solcher Grundlage beruhenden directen Steuersystems ist gegenwärtig besonders schwierig, weil das heutige durchkreuzt wird durch die auf der politischen Notwendigkeit höherer Reichseinnahmen beruhenden indirekten Steuern und Zölle. In der allmäßlichen Abschleifung dieser und in ihrem allmäßlichen Ersatz durch eine hinreichend ertragssfähige directe Besteuerung liegt meines Erachtens die Aufgabe der modernen, nicht mehr fiscalischen sondern sozialen Finanzpolitik. Ob aber jemals das directe Steuersystem, auch in seiner vollkommensten Gestalt, allein ausreichen kann als einzige Quelle der Staatseinnahmen, das erscheint doch sehr zweifelhaft. Jedenfalls dürfen die bereits vorhandenen fiscalischen

oder „staatssozialistischen“ Betriebe nicht zurückfallen an die Privatunternehmung. Vielmehr erscheint nicht nur die Erhaltung solcher Betriebe wünschenswert, sondern ihre Ausdehnung auf andere Gebiete, wobei ich an dieser Stelle nur hinweisen möchte auf die Gesamtheit aller Production „unter Tage“ und auf die Vermittlung zwischen Getreide-Production und Consumption an Stelle des speculativen Zwischenhandels. Ohne Zweifel aber dürften die in solchen Betrieben erzielten Einnahmen nicht in ihrer Gesamtheit in den allgemeinen Staatsfonds fließen, sondern sie müßten zu größerem Teil als bisher verwendet werden zur Tilgung der bei ihrer Verstaatlichung notwendiger Weise übernommenen Schulden sowie zur Verbesserung und Verbilligung der betreffenden Betriebe selbst. Nur dadurch würde es möglich sein, die staatlichen Betriebe wirklich zu Musterbetrieben von zwingender Vorbildlichkeit zu machen, während die heutigen, gerade auch in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse, vielfach gebundener sind als die Privatunternehmungen.

Zum Schluß, meine Herren, nur weniges über Abschnitt

V. Die Frauen- und Religionsfrage.

Das rote Programm fordert in Absatz 5 und 6:

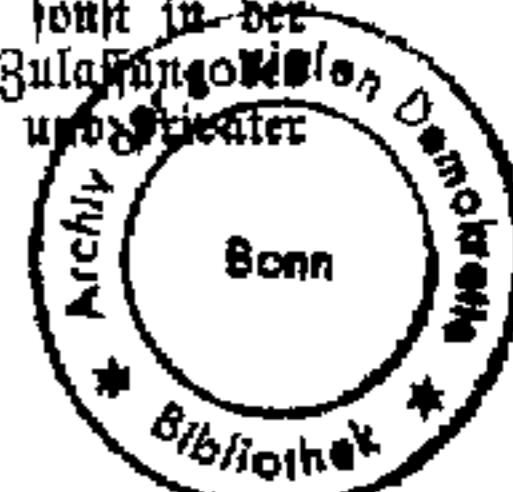
Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.

Erläuterung der Religion zur Privathälfte. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

Ich darf in Bezug auf diese Forderungen um so kürzer sein, als ich schon mehreres bezügliche bei der Besprechung anderer Programmfäße vorwegnehmen mußte.

Diejenigen Rechte, welche Freiheit und Eigentum nach jeder Richtung gewährleisten, besitzen auch heute die Frauen aller Klassen in ausreichendem Maße. Sie haben keine Ursache, eine Steigerung und Vermehrung ihrer Rechte zu wünschen, denn solche bedeuten und bedingen mittelbar auch Pflichten und verantwortliche Aufgaben. Deren aber hat die Natur den Frauen genug auferlegt, und das von dieser begünstigte männliche Geschlecht sollte vielmehr bestrebt sein, dieses Missverhältnis auszugleichen durch möglichste Entlastung des weiblichen.

Ganz etwas anderes ist es mit dem, was sonst in der Welt „Frauenfrage“ heißt, z. B. in Bezug der Zulässigkeit des weiblichen Geschlechtes zu einer Reihe öffentlicher und privater



Betrüse, für die es sich teils ebenso gut teils besser eignet als das männliche. Hiermit hat die sozialdemokratische Forderung unmittelbar garnichts zu tun, vielmehr betrifft sie nach Ausweis der bezüglichen Verhandlungen nur die Regelung des Wettbewerbs zwischen dem männlichen und weiblichen Teil der Arbeiterschaft. Und wie roh die Sozialdemokratie, im entschiedensten Gegensatz zur Arbeiterschaft selber, hierüber denkt, haben wir bei Besprechung der Frauenarbeit (S. 24)*).

Gewarnt Seien nun nicht, meine Herren, daß ich Sie mit Citaten aus Bebels „Frau“ belustigen und andererseits die ehelichen oder anderweit bezüglichen Verhältnisse der Gegenwart verherrlichen würde. Ich verzichte darauf, weil mir jenes gar zu billig, dieses mit der Wahrhaftigkeit unvereinbar scheint. Und ich darf mir diesen Verzicht um so eher erlauben, als ja das sozialdemokratische Programm diese Frage nicht berührt. Nur soviel sei gesagt, daß ihre Lösung weder in der Lockerung der betreffenden gesetzlichen Vorschriften (etwa im Sinne der Bebelschen Ehefreiheit) noch in deren strafferer Anziehung, Verschärfung oder Vermehrung gefunden werden kann, sondern einzige und allein in der Überwindung des Tierischen im Menschen durch seine sittliche Kraft.

Auch hinsichtlich der Religion möchte ich mich kurz fassen, kann aber nicht umhin, meine Ausführungen eingehender mit Neuheiten hervorragender Sozialdemokraten zu belegen. Denn gerade in diesem Punkte sucht erfahrungsgemäß die Sozialdemokratie, unter Protest gegen „Entstellung ihrer Ansichten“, allem Angriff zu entkräften durch die altbewährte Hintertüre mit der Aufschrift „Die Religion ist Privatsache“. Ich will aber vorausschicken, daß ich es absichtlich unterlasse, aus sozialdemokratischen Reden, Schriften und Zeitungen früherer Jahre den billigen Nachweis zu liefern, daß Dieser oder Jener zur gründlichsten „Ausrottung des Gottesglaubens“ und eifrig-

*) Wie weit aber die Röhrigkeit der Sozialdemokratie den Frauen gegenüber geht, zeige ein kleiner, höchst charakteristischer Zug. Auf dem Parteitag in Halle (Prot. S. 233) bat die Delegierte Frau Steinbach, man möge den Frauen auch im Bezug auf die Presse Gleichberechtigung gewähren; die Redaction des Hamburger „Echo“ habe einen von ihr eingesandten kurzen Bericht über den Hamburger Plätterinnenstreit (Sommer 1890) noch beschönigt, weil er von einer Frau ausgegangen sei und eine Frauangelegenheit betroffen habe. In der Discussion hierüber motivirte Gottschall-Hamburg diese Verkürzung und schloß (S. 235) mit den Worten: „Ich möchte also den Vorwurf zurückweisen, als wolle man die Frauen beschönigen, nein, die Männer werden gerade so gut beschönigen!“ Die anwesende Orlitz der Partei begrüßte diesen rohen Schnack durch eine „stürmische Heiterkeit“, die sogar in einer Klavierspielerung des offiziellen Protocols beweigkt ist.

sten „Ausbreitung des Atheismus“ aufgesordert oder die Bibel „das infamste aller Schandbücher“ genannt habe. Die aller-offiziellsten Sozialdemokraten haben auch in allerneuester Zeit deutlich genug ihren Standpunkt verraten, wir brauchen die Kumpelkammer ihrer Vergangenheit gar nicht zu durchstöbern. —

Die Religion drückt, ihrem innersten Wesen nach, das Verhältnis aus, welches der Mensch zwischen dem Sinnlichen und Über Sinnlichen empfindet. Als Ausdruck für dieses Verhältnis ist sie sowol dem Grade des Empfindungsbedürfnisses als der Form nach verschieden für jedes Individuum. Die Religion als solche ist also Privatsache. Die confessionellen Gemeinschaften und Kirchen ferner, die sich auf Grund relativer Übereinstimmungen herausbildeten, haben keine rechtliche Unterlage, ein Individuum, das ihnen durch die Geburt zugefallen ist, an der Entwicklung einer selbständigen, abweichenden Überzeugung und am Austritt aus ihrem Verbande zu hindern. Die Religion ist also auch in dieser Hinsicht Privatsache.

Nicht aber Privatsache des Einzelnen ist es, denjenigen Teil seiner öffentlichen Abgaben zurückzuhalten, den Staat und Gemeinde für kirchliche und religiöse Zwecke verwenden; oder wie es auf gut sozialdemokratisch heißt (Prot. Halle S. 189) „um aus dem Steuersäckel des Volkes Pfaffen zu besolden“.

Hierauf zielen die weiteren Sätze des neuen Programms, die in dem alten noch nicht standen. Sie haben nichts gemein mit dem Wunsche nach Trennung der Kirche vom Staat, den auch sehr ernsthafte und entschieden religiöse Männer vertreten auf Grund der Einsicht: daß der Machtstreit zwischen Kirche und Staat das Unglück unserer Geschichte gewesen ist und zu bleiben droht, wenn ihm der Boden nicht entzogen wird; daß ferner der Wettstreit der Confessionen um ihren Vorrang im Staat und ihren staatlichen Einfluß das Gedanken wahret Religiosität hindert.

Was nun der erste Satz „Erklärung der Religion zur Privatsache“ im Munde der Sozialdemokratie bedeutet, darüber läßt uns diese selbst nicht im Zweifel. Eine starke Richtung in der Partei wollte diese Forderung des alten Programms befeitigen und ersetzen durch eine ausdrückliche Erklärung gegen die Religion, weil die Sozialdemokratie „doch den Atheismus als Produkt der wissenschaftlichen Forschung fordere“. Unter Anderen war es Moltenbuhr, der dieses Verlangen zurückwies, mit der classischen Begründung (Prot. Halle S. 189) „Nehmen wir alle Produkte wissenschaftlicher Forschung auf, dann haben wir kein Programm mehr, dann könnten wir ganze Bände“

herausgeben. Wir sind doch zunächst eine politische Partei, und können als solche doch unmöglich die gesamte Wissenschaft in unser Programm hineinschreiben". Zu diesen überzeugenden Grunde fügte dieser, besonders in der Landagitation erfahrene Herr den Ferneren (S. 190): „Auf dem Lande kommen wir mit der Religion am besten voran, wenn wir sie ganz aus dem Spiel lassen.“ Und dieselben Erfahrungen wie dieser brave Norddeutsche hatte Herr Ehrhardt-Ludwigshafen im Süden auf dem Lande gemacht: dort müsse er in Versammlungen, wenn die Religion zur Sprache kommt (S. 188), „immer erst den Mist wegräumen, den die Berliner aufgeladen haben“.*)

So entschied man sich in Halle, den Satz „Erklärung der Religion zur Privatsache“ zur Beibehaltung für das neue Programm zu empfehlen. „Ich will nicht sagen“, führte Liebknecht aus (Prot. S. 175 f.), „dass dieser Ausdruck ein absolut fehlerloser ist. Ich kann nur bemerken: einen vernünftigeren, praktischeren Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen Forderungen. Ich bin öfters genötigt gewesen, in Gegenden zu agitieren, wo der Katholizismus noch eine Macht ist, aber geben ihm auch die Sozialdemokratie. Da habe ich durch diesen Punkt unseres Programms, indem ich ihn richtig erklärte, zahlreiche Stimmen erlangt von Leuten, die heute noch sozialdemokratisch stimmen, die aber durch einen Angriff auf die Religion uns entfremdet worden wären“.

Das also versteht die Sozialdemokratie unter „Erklärung der Religion zur Privatsache“, sie drückt ihre „Glaubens- und Gewissensfreiheit“ deswegen in dieser dehnbaren und vieldeutigen Formel aus, weil ein Bekennnis dessen, was sie wirklich dabei denkt, das edle Geschäft des Stimmenfangs schädigen würde. Der Zweck — Erwerbung der politischen Macht zur „Befreiung der Menschheit“ — heiligt also auch in diesem Falle das Mittel.

Aber die Sozialdemokratie geht ja nicht nur auf Wählerfang aus, sie ist auch „eine Partei der Wissenschaft“, wie Liebknecht ebenda erklärt, indem er fortfuht (S. 177), „Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen. Die Wissenschaft forgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion.“**)

*) Uebrigens musste Ehrhardt diesen Ausdruck auf mehrfaches Verlangen zurücknehmen. Die Berliner Sozialdemokraten, Unabhängige wie Abhängige, haben grundsätzlich keinen Mist auf, sondern sie überlassen diese etwas aufstrengende Beschäftigung den Landleuten solange selbst, bis Bebel die Erfüllung zweitmäßiger Maßnahmen anordnen wird.

**) Lebhaft kurz vorher S. 175: „Der Religion können wir bloß dadurch zu Hilfe gehen, dass wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion

(Stürmisches Bravo und Händelsatschen.) Und im Übrigen bekennen wir Farbe. Also bin ich für Beibehaltung des Satzes“.

Der „praktischste Agitator der Partei“, Herr Dr. P. A. Rüdt aus Heidelberg, der sich in Halle (vgl. Prot. S. 191 f.) rühmte „in anderthalb Jahren 140 Reden gehalten“ zu haben, verlangte, eben aus praktischer Rücksicht: Die Partei müsse Ernst machen mit dem Farbe-Bekennen; denn die Gegner seien gerade bei diesem Satz geen ein, um die Führer, die doch den Atheismus gepredigt hätten, als miserable Heudler und Büchner hinzustellen.

Liebknecht aber erwiderte ihm (S. 202): „Bekennst unser Programm nicht Farbe? stellen wir uns nicht auf den Boden der Wissenschaft? Und weiß nicht jeder denkfähige Mensch, der weiß, was Wissenschaft ist, dass Wissenschaft und Religion unvereinbare Gegensätze sind? Durch den wissenschaftlichen Charakter unserer Partei ist jede Missdeutung nach dieser Richtung hin beseitigt“.

Es lohnt nicht der Mühe, nach diesem noch einzugehn auf die sehr viel vorsichtigeren Äußerungen, die in Erfurt gerade auch von Seiten Liebknechts über diesen Programmfpunkt fielen. Denn ich denke, dass folgende Schlussreihc aus dem schon Angeführten genügt:

Die Socialdemokratie nennt sich eine Partei der Wissenschaft — was sie Wissenschaft nennt, steht in unvereinbarem Gegensatz zur Religion und steht ihr feindselig gegenüber — folglich steht die Socialdemokratie selbst in unvereinbarem Gegensatz zur Religion und steht ihr feindselig gegenüber. „Glaubens- und Gewissensfreiheit“ gaukelt sie den Leuten nur vor, um ihre Wahlstimmen zu erschleichen. Einig sind die Socialdemokraten in der Absicht, die Religion zu beseitigen, uneintig nur in Bezug auf die Mittel.

Das schließt natürlich nicht aus, dass die sozialdemokratischen Führer dem Wesen der Religion, und des Christentums im besonderen, eifrig nachzuschauen. Gelegentlich erkennen sie das Christentum sogar als „Wahrheit“ an, aber nur wenn es darauf ankommt, für sich selbst den Anschein einer Vergleichbarkeit mit den Aposteln oder gar mit Christus selber frech zu erschwindeln. So nahm Bebel am 23. April 1891 im Reichstage (Stenogr. Berichte S. 2538) ausdrücklich die volle Verantwortung auf sich für folgende, in einer Hamburger Versammlung von ihm ausgesprochenen Sätze, deren Richtigkeit zu bestreiten er gar keine Ursache habe:

„Alle Verkünder neuer Wahrheiten wurden als Unruhestifter verlebt. Auch Christus ist als einer der größten Hochseinen lassen, ihm aber Wissen beibringen; die Schule muss gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen den Pfarrer; richtige Erziehung beteiligt die Religion.“

verräther angeklagt und gekreuzigt worden. Würde er heute im Deutschen Reiche leben, so würde es ihm herzlich schlecht ergehen. Sicher wäre er mit sicher das Sozialistengesetz gekommen und auch wohl mit den §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs in Konflikt gerathen. Ich habe neulich erst einmal die Bergpredigt gelesen, und da ist mir der Gedanke gekommen, daß darauf unter den heutigen Umständen mindestens ein Jahr Gefängnis fallen würde."

Ob sich Bebel wohl überwunden hat, diese staatsgefährliche Rede ganz auszulesen? Dann mußte er doch auch gegen Ende den Worten begegnen:

"Schet euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen; inwendig aber sind sie reißende Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

In diesen Worten, meine Herren, ist die eine Richtung ange deutet, in der wir zu kämpfen haben gegen die Social demokratie: Reißt den falschen Propheten die Maske vom Gesicht und helft dem betrogenen Volke, sie an ihren Früchten zu erkennen! Gebracht haben sie ihm nichts als Groll, Hass und Verbitterung, durch unablässige Steigerung dieser leidenschaftlichen Unzufriedenheit hindern sie eine gesunde Reform und rüden eine chaotische Verwirrung herbeizuführen, aus der dann auf eine vorläufig noch nicht zu bestimmende Art die vollkommene Ordnung ihrer phantastischen Traumwelt entstehen soll.

Aber das ist nur die eine Richtung des heiligen Kampfes, zu dem wir alle berufen sind. Wichtigster, schwieriger ist die andere: Opferfreudiges, selbstloses, herzhaf tes Streben nach politischen und sozialen Zuständen, die keinen Nährboden mehr bilden für die revolutionäre Socialdemokratie und ihre teuflische Agitation.

Wollen Sie mir daher verzeihen, meine Herren, daß ich, überzeugt von der Notwendigkeit des Kampfes in beiden Richtungen, mit der Kritik des roten Programms Abdeutungen verband über die Mittel, durch die wir nach meiner Ansicht diese positiven, größeren, edleren Aufgabe gerecht werden können.

Machtlos aber zu ihrer Lösung ist der Einzelne; machtlos die Regierung ohne die Parteien; machtlos diese, solange Interessenpolitik im Parlamentarismus zerfetzend und hemmend wirkt. Darum sei das letzte Wort:

Ihr wahren Freunde des Volkes!
Volksfreunde aller Parteien, vereinigt Euch!
